

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. D. C. Geyer.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 6. Nov. 1930

Anstehende Verbesserungen!

Das Ziel der sozialdemokratischen Politik.

SPD. Das Bündel von zwei Dutzend Gesetzentwürfen, das die Reichsregierung dem Reichsrat vorgelegt hat, und das bereits Anfang Dezember den Reichstag beschäftigen soll, wird in den nächsten Monaten im Mittelpunkt der deutschen Politik stehen. Auf seine schnelle Erledigung legt die Reichsregierung entscheidenden Wert. Sie behauptet, dass von seiner Annahme nicht nur die vorzubereitende Ermässigung der deutschen Reparationsleistungen abhängt, sondern auch die Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen Wirtschaft und die Aufsaugung des Millionenheeres von Arbeitslosen.

Da erst ein kleiner Teil der einzelnen Vorlagen bekannt ist, so muss die Beurteilung der Einzelmassnahmen einem späteren Augenblick vorbehalten bleiben. Gegenwärtig handelt es sich um die Grundgedanken des Regierungsprogramms, soweit sie durch die Ministerreden und andere amtliche Veröffentlichungen erkennbar geworden sind. Zwei Gedankengängen der Reichsregierung stimmen wir zu. Sie decken sich mit Anschauungen, die von der Sozialdemokratie seit Jahr und Tag vertreten wurden, und die sich erst langsam die Anerkennung bei den bürgerlichen Parteien errungen haben.

Es ist das die Erwägung, dass erfolgreiche Verhandlungen mit dem Auslande zur Herabsetzung der deutschen Reparationsleistungen erst geführt werden können wenn Deutschland zunächst aus eigener Kraft seine öffentlichen Finanzen in Ordnung gebracht hat. Damit stellt sich die Reichsregierung bewusst in Gegensatz zu denjenigen auf Abenteuer eingestellten Kräften, die bereits gegenwärtig die Anwendung der Bestimmungen des Young-Plans über den Aufschub unserer Zahlungen erstreben.

Im Zusammenhang damit steht die Auffassung, dass die Ordnung der öffentlichen Finanzen auch die wichtigste Voraussetzung für die Wiederherstellung des Vertrauens im Inlande und für die Ueberwindung der auf mangelndes Vertrauen zurückzuführenden Wirtschaftsschwierigkeiten sei. Auch hierin liegt eine Annäherung an die sozialdemokratische Auffassung. Denn lange Zeit ist im Lager des Bürgertums die Meinung herrschend gewesen, dass die Sanierung der Wirtschaft den Vorrang vor der Sanierung des Staates haben müsse. Allerdings sind in den Einzelvorschlägen der Regierung trotzdem den Forderungen der Unternehmer weitgehende Zugeständnisse gemacht. Das gilt sowohl für die finanziellen Massnahmen der Regierung, wie für ihre wirtschaftlichen Massnahmen.

Trotz der grossen Finanznot des Reiches, der Länder und Gemeinden, die vielleicht ihren Höhepunkt noch nicht einmal erreicht hat, plant die Regierung neben einem an vielen Stellen sehr anfechtbaren Abbau von Ausgaben auch Steuersenkungen, deren volkswirtschaftlicher Nutzen höchst zweifelhaft ist. Und wir haben nach wie vor den Eindruck, als ob dieser Teil des Programms der Regierung das Ziel der Finanzsanierung gefährden kann, die Wirtschaftserleichterung nicht fördert und dass, wenn sich nicht alle Voraussetzungen der Regierung er-

füllen, in diesen Massnahmen der Anlass zu neuen Schwierigkeiten enthalten ist. Das Wirtschaftsprogramm der Regierung verfolgt das Ziel, durch eine Senkung der Produktionskosten die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands zu stärken, die Unternehmungslust anzuregen, den Absatz im Inlande zu steigern und auf diesem Wege die brachliegenden Teile der deutschen Produktion wieder in Gang zu bringen. Die Kostensenkung soll neben den Steuererleichterungen herbeigeführt werden durch einen Abbau der Löhne und Gehälter. Beides zusammen soll den Abbau der Preise herbeiführen, sodass letzten Endes zwar ein erniedrigtes Kosten- und Preisniveau erreicht, das Verhältnis von Löhnen und Preisen aber nicht verändert wird. Angeblich lässt sich auf diesem Wege trotz Senkung der Nominal-löhne die reale Kaufkraft erhalten.

Gegen diese Absichten lässt sich vieles und Schwerwiegendes einwenden. Noch hat sich nicht einmal die seit Monaten eingetretene, überaus starke Senkung der Preise für ausländische Rohstoffe in vollem Masse in den Preisen in Deutschland ausgewirkt. Die Ueberwindung der Wirtschaftskrise setzt, wie die Geschichte beweist, starke Preissenkungen voraus, denen dann später die Anpassung der Löhne folgt, weil die Kaufkraft gestiegen ist. Dadurch wird die Steigerung des Absatzes zum Antrieb für die Ueberwindung der Krise. Die Reichsregierung will aber den entgegengesetzten Weg einschlagen, denn sie erstrebt in erster Linie die Senkung der Löhne, der dann erst die Senkung der Preise folgen soll. Und wenn auch in letzter Zeit eine Reihe von Preisen mit und ohne behördliche Hilfe gesenkt worden sind, so haben sie doch noch keine fühlbare Wirkung auf die Kosten der Lebenshaltung ausgeübt. Die Massnahmen der Regierung rufen daher die Gefahr hervor, dass durch eine dauernde Senkung des Reallohnes die Krise erschwert und nicht erleichtert wird.

Es wird deshalb die wichtigste Aufgabe der nächsten Monate sein, die entscheidenden Teile des Programms der Regierung zu ändern. Das sind Löhne und Preise. Alle Massnahmen, die das innere Preisniveau unberechtigt erhöhen - Bindungen durch Zölle, Kartelle und andere innerwirtschaftliche Massnahmen - sind zu beseitigen. Die Senkung der Preise muss erheblich sein und vor allem in kürzester Frist durchgeführt werden. Dann erst hat die Anpassung der Nominal-löhne an die gestiegene Kaufkraft innere Berechtigung und bringt sie volkswirtschaftlichen Nutzen.

Allen diesen Absichten leistet das Unternehmertum, dem ohnedies das Regierungsprogramm nicht weit genug geht, heftigen Widerstand. Es glaubt die Tatsache, dass die Regierung über keine feste Mehrheit verfügt, durch die Betonung diktatorischer Gelüste als nebensächlich beiseite schieben zu können. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass jedes Wirtschafts- und Finanzprogramm, das die deutsche Wirtschaft in Ordnung bringen soll, nur auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung zustande gebracht werden kann. Für den Augenblick bestimmte Massnahmen sind schon in ihrer Wirkung erschüttert, wenn sie auf diktatorischem Wege zustande kommen. Massnahmen aber, die auf die Dauer berechnet sind, werden dadurch nicht Ruhe und Vertrauen, sondern Unruhe und Misstrauen hervorrufen.

Die Ueberwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise Deutschlands lässt sich daher nur auf den Wegen und mit den Kräften erzielen, die auch für die Erhaltung der Demokratie, des Parlamentarismus und der Republik beschritten und eingesetzt werden können. Dieses Zusammenhanges sollten sich alle bewusst sein, die beide Aufgaben ernsthaft erstreben.

SPD. Paris, 6. November (Eig. Drahtb.)

Der ehemalige Präsident des Pariser Stadtrates, Godin, hat vorgeschlagen, einen Teil der Champs Elysée und zwar vom Rome Point bis zu den Tuilleries nach George Clemenceau zu benennen. Ausserdem soll im Tuilleries-Garten eine Statue Clemenceaus errichtet werden.

SPD. Die Vereinigten Reichsratsausschüsse beendeten am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dietrich die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung. Ebenso wie bei dem am Mittwoch beratenen Gehaltskürzungsgesetz für die Beamten wurden alle Abänderungsanträge und Anregungen bis zur zweiten Ausschussberatung zurückgestellt.

Man kam überein, alle Vorlagen zum Finanzplan in zwei Lesungen zu beraten. Am Freitag früh soll die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die Angleichung der Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden, das sogenannte Plafondgesetz, vorgenommen werden. Darauf soll die Beratung über den Gesetzesentwurf zur Weitererhebung der Zuschläge zur Einkommensteuer, der Ledigensteuer und der Aufsichtsratssteuer folgen. Schliesslich soll auch noch die Etatsberatung am Freitag begonnen werden. Für Sonabend ist die Erörterung der Novelle zur Tabaksteuer in Aussicht genommen. Am Montag und Dienstag sollen interne Besprechungen über den Etat stattfinden. Am Mittwoch wollen die Vereinigten Ausschüsse alle mit dem Wohnungsbau zusammenhängenden Fragen beraten, nämlich das Baufinanzierungsprogramm und die Änderungen der Wohnungsgesetzgebung, ferner auch die Realsteuersenkung. Die Reichsratsausschüsse hoffen, am Mittwoch auch noch die zweite Lesung aller Vorlagen vornehmen zu können, die zum Finanzplan der Reichsregierung bisher vorliegen.

SPD. Bisher hatte die Reichspost auf Grund des Reichspostfinanzgesetzes einen Teil ihrer Betriebsüberschüsse an die Reichskasse abzuliefern. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Notlage des Reiches haben Reichspostminister und Reichsfinanzminister gemeinsam eine Novelle zum Postfinanzgesetz ausgearbeitet, wonach die Post künftig einen bestimmten Prozentsatz von den Betriebseinnahmen, also nicht nur vom Gewinn abliefern soll. Der Reichspostverwaltungsrat hat dieser Änderung des Gesetzes zugestimmt. Die Novelle kann nun nach Genehmigung durch das Kabinett dem Reichsrat zugeleitet werden.

Ausserdem sollte in der Novelle gleichzeitig bestimmt werden, dass die 62 Millionen, die die Reichspost durch den beabsichtigten allgemeinen Abbau der Beamtengehälter erspart, restlos der Reichskasse zugute kommen sollen. Das Notopfer der Beamten ist jedoch eine auf drei Jahre befristete Notmassnahme. Deshalb erhob sich im Reichspostverwaltungsrat Widerspruch dagegen, dass man auf die Dauer gesetzlich festlege, die Ersparnis solle an das Reich fallen. Der Widerspruch des Verwaltungsrats fand auch in einer Entschliessung seinen Niederschlag. Der Reichspostminister zog daraufhin diesen Teil der Vorlage zurück.

SPD. Heide (Holst.), 6. Nov. (Eig! Drähtb.)

Im Gegensatz zum Meldorfer Nazi-Prozess, wo der oppositionelle Nationalsozialist Dr. Granz als der Verprügelte und Zeuge vor Gericht stand, ist er in einem neuen Prozess in Heide Angeklagter. Als ehemaliger Führer des westholsteinischen Sturmgrupps erschien er mit einigen seiner Getreuen in einer kommunistischen Versammlung in Wesselburen und prügelte "durchaus legal" die dort anwesenden Kommunisten zum Saale hinaus, wobei es nicht nur eine zertrümmerte Saaleinrichtung, sondern auch eine ganze Reihe verletzter Knochen gab. Angeklagt sind insgesamt 5 Personen und geladen 29 Zeugen.

SPD. Zum Fall Franzen-Lohse hat die sozialdemokratische preussische Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht. Der Landtagsabgeordnete Lohse hat am Mittwoch im Prozess Franzen selber zugestanden, dass er seine Ausweiskarte als Abgeordneter an seinen Parteifreund Guth missbräuchlich ausgeliehen hat, damit dieser auf die für Abgeordnete reservierte Tribüne des Reichstags gelangen könnte. Der sozialdemokratische Antrag fordert: 1. dem Abgeordneten Lohse wegen dieses unerhörten Missbrauches seiner Abgeordnetenlegitimation die schärfste Missbilligung auszusprechen, 2. den Geschäftsordnungsausschuss mit Vorschlägen zu beauftragen, wie ein solcher Missbrauch in Zukunft verhindert und geahndet werden kann.

SPD. Weimar, 6. November (Eig. Drahtb.)

Der Thüringer Landtag verhandelte heute über eine grosse Anfrage der Sozialdemokratischen Partei wegen der Beschimpfungen, die sich der Minister Frick und das nationalsozialistische Staatsratsmitglied Marschler im sächsischen Wahlkampf gegen Mitglieder der Reichsregierung erlaubt hatten. Frick hat in einer Versammlung in Dresden Reichsinnenminister Wirth Rechts- und Verfassungsbruch vorgeworfen. Ueber die Konferenz der Landesminister hat Frick erklärt, das Niveau, das in der Versammlung geherrscht habe, war niedrig. Marschler hat in einer Versammlung in Aue im Erzgebirge erklärt, dass die Nationalsozialisten wenn die Polizeikostenzuschüsse gesperrt blieben, eine Polizeimiliz für Thüringen in Braunhemden organisieren und auf den Finanzämtern die Kassen beschlagnahmt würden, wenn sie gerade voll seien.

Verbunden mit dieser Anfrage wurde ein Antrag der Nationalsozialisten, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, ferner ein Antrag der Kommunisten auf Landtagsauflösung mit verhandelt. Die Regierungsmitglieder waren nicht erschienen. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurden sie hinbeordert. Die Regierung erklärte auf die Anfrage der Sozialdemokraten, dass Frick und Marschler nicht in ihrer Eigenschaft als Regierungsmitglieder gesprochen hätten, sondern als Privatpersonen. Im übrigen bestritten die Herren, sich in dieser Weise ausgedrückt zu haben. (Stürmische Zwischenrufe: Feigheit) Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen kam es oftmals zu stürmischen Zwischenfällen, weil der Führer der Nationalsozialisten Abgeordneter Saukel in seinen Reden den Reichsinnenminister Wirth in der gemeinsten Weise beschimpfte, was ihm 2 Ordnungsrufe einbrachte. Saukel erklärte, sie würden zur Selbsthilfe greifen, wenn die übrigen Regierungsparteien sie in dem Kampfe gegen Wirth nicht unterstützen würden. Später wurde Saukel aus dem Saal verwiesen, weil er dem Sprecher der Sozialdemokratie, Abg. Frölich mit Prügel drohte und ihn aufforderte, mit ihm hinauszugehen. Die Abstimmung über die Anträge findet später statt.

SPD. Im Preussischen Landtag wurden am Dienstag die beiden von den Deutschnationalen und den Kommunisten gegen den Innenminister Severing eingebrachten Misstrauensanträge in gemeinsamer namentlicher Abstimmung mit 229 gegen 196 Stimmen abgelehnt.

SPD. Der Reichslandbund stellt sich hinter die schleswig-holsteinischen Bombenleger und hinter die, offenen Aufruhr gegen die Gesetze betreibenden, ostpreussischen Landwirte. In einem Schreiben an die Reichsregierung fordern die Präsidenten des Reichslandbundes eine Amnestie für die Landwirte von Schleswig-Holstein und Ostpreussen. Die Bombenleger sollen ebenso straffrei ausgehen wie der ostpreussische Grossgrundbesitzer von Weiss, der 317 000 Mark von der Osthilfe bekommen hat und zum Danke dafür offenen Aufruhr gegen den

Staat betrieb. Würde dem Verlangen des Reichslandbundes stattgegeben, so würde dies die vollständige Kapitulation der Staatsgewalt vor allen gesetzwidrigen Schritten aus den Reihen verhetzter Bauern bedeuten. Eine Amnestierung der Bombenleger und der Auführer von Ostpreussen müsste bedeuten, dass der Staat sich selbst aufgibt.

Das Amnestieverlangen des Reichslandbundes entwertet gleichzeitig alle sachlichen Forderungen, die von ihm gestellt werden. Wer sich in dieser Weise hinter Putschisten und Auführer stellt und den Staat zu zersetzen sucht, der kann nicht beanspruchen, dass seine Programme und Forderungen als sachlichen Erwägungen entsprungen angesehen werden.

SPD. Die Lage in der herrschenden Kommunistischen Partei in Sowjet-Russland hat sich abermals ausserordentlich zugespitzt. Der Diktator Stalin wirft in rascher Reihenfolge habe Sowjetfunktionäre aus dem Sowjetapparat hinaus, die nicht restlos mit ihm übereinstimmen. Der Kampf, den die ihm ergebenden Parteiorganisationen gegen Rykow und Bucharin eröffnet haben, lässt neue Schritte gegen die beiden Führer der Rechtsopposition erwarten. Stalin beabsichtigt ferner, alle Funktionäre aus der Roten Armee auszumerzen, die ihm als nicht unbedingt zuverlässig erscheinen. Man spricht bereits davon, dass der Oberbefehlshaber der Roten Armee, Woroschilow, ebenfalls gemassregelt werden soll. Es wird erwartet, dass das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union, das demnächst zusammentritt, sensationelle Beschlüsse gegen die Opposition beschliessen wird.

SPD. Hamburg, 6. November (Eig. Drahtb.)

Gegenüber Blättermeldungen, wonach Hamburg einen Antrag im Reichsrat gestellt habe, die in der Vorlage der Reichsregierung ab 1. April 1931 beabsichtigte Kürzung der Beamtengehälter bereits am 1. Januar in Kraft treten zu lassen, teilt die Staatliche Pressestelle mit, dass Hamburg einen derartigen Antrag nicht gestellt hat und auch nicht zu stellen beabsichtigt. Auch eine entsprechende Anregung hat Hamburg nicht gegeben. Der Vertreter Hamburgs in der in Frage kommenden Sitzung des Reichsrats hat lediglich an die Reichsregierung die Anfrage gerichtet, wie sie sich zur Frage des endgültigen Termins für das Inkrafttreten der Gehaltskürzung stelle. Der Senat hat seinen Vertreter im Reichsrat dahin instruiert, dass Hamburg an dem ursprünglichen Termin des 1. April für die Gehaltskürzung festhält.

SPD. Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag einen Gesetzentwurf über die Deutsche Golddiskontbank. Dadurch wird der Fortbestand der durch Gesetz von 1924 gegründeten Golddiskontbank grundsätzlich bejaht und der Betrieb der Bank den neuen Aufgaben entsprechend umgestaltet.

Es stand dann der Entwurf einer Verordnung zur Senkung der Verkehrssteuer zur Beratung. Die Verordnung ist notwendig geworden, da das Steuermilderungsgesetz zur Erleichterung von Betriebszusammenschlüssen am 1. Oktober ausser Kraft getreten war. Die Grundlage der Verordnung bildet das vom Reichstag beschlossene Ermächtigungsgesetz für Steuererleichterungen. Sie sieht den Erlass der Gesellschaftssteuer, der Grunderwerbssteuer und der Wertzuwachssteuer bei Verschmelzungen und Umwandlungen von Kapitalgesellschaften vor. Darüber hinaus wird der allgemeine Satz der Gesellschaftssteuer von 4 auf 2% und die Wertpapiersteuer grundsätzlich auf 1% ermässigt. Der Reichsrat stimmte der Vorlage mit den Änderungen mit Mehrheit zu. - Die nächste Reichsrats-Sitzung findet erst am 20. November statt.

SPD. Frankfurt/M., 6. November (Eig. Dr.)

Wieder einmal haben Trupps von Nazis sich in der Minderheit befindende Reichsbannerleute überfallen. Sieben Mitglieder des Reichsbanners in Wiesenkehrten von einer Versammlung zurück als sie plötzlich von Nationalsozialisten angepöbelt wurden. Als sie sich dieses verbat, kamen auf einen Pfiff etwa 40 weitere Nationalsozialisten ihren Leuten zu Hilfe. In dem darauf entstehenden Handgemenge machten die Hitler-Helden von Gummiknüppeln, Totschlägern und Stöcken eifrig Gebrauch. Von nationalsozialistischer Seite fiel auch ein Schuss, der aber glücklicherweise ins Leere ging. Die Polizei, die sofort zur Stelle war, hatte Mühe, die Reichsbannerleute zu befreien. Leider konnten nicht alle Namen der Nationalsozialisten festgestellt werden, da ein grosser Teil beim Herannahen der Polizei flüchtete. Der grösste Teil der Waffen konnte den Angreifern abgenommen werden.

SPD. München, 6. November (Eig. Drahtb.)

Seiner ersten Antwort an Hervé hat Hitler nunmehr eine zweite folgen lassen. Er hat sie sich eine ganze Woche lang überlegt, um nicht noch einmal zum Gespött der ernsthaften politischen Welt zu werden. Aus diesem Grunde verhält er sich jetzt auch dem politischen Narren Hervé gegenüber viel reservierter als das erste Mal und schreibt nicht weniger als 450 Druckzeilen zusammen, um sein paneuropäisch-pazifistisches Geständnis vom 26. Oktober zu verwischen. Hitler erklärt jetzt selbst, dass Hervé in Frankreich vollkommen isoliert dasteht, seinem Vergleichsvorschlag also jede realpolitische Bedeutung fehlt. Ein französisch-deutsches Militärbündnis komme deshalb nicht in Betracht, weil damit der Kampf Europas gegen den Bolschewismus nicht erfolgreich zu führen sei. Die Ueberwindung der bolschewistischen Barbarei sei ausschliesslich eine Frage der Faschisierung der europäischen Staaten und habe nur dann einen Sinn, wenn alle europäischen Nationen mit Einschluss der Vereinigten Staaten von Amerika und Japan in diesem Bunde gleichberechtigt vereinigt seien. Es ist immerhin sehr amüsant, zu sehen, wie Hitler seine aussenpolitischen Hoffnungen auf einen Völkerbund setzt. Dass es sich dabei um das Hirngespinnst eines politischen Hanswurst handelt, beweist die Forderung, dass zuvor England, Frankreich und alle übrigen Staaten sich zum Faschismus bekehrt haben müssen.

SPD. Rom, 6. November (Eig. Drahtb.)

Eine Lohnsenkung gegen die faschistischen Syndikate ist in Italien zum erstenmal vorgenommen worden. Das intersyndikale Zentralkomitee, dem auch die Arbeitgeberverbände angehören, hatte beschlossen, dass keinerlei Lohnsenkungen in Italien von den Arbeitgebern vorgenommen werden dürften, ohne dass vorher die Zustimmung der zuständigen faschistischen Arbeitersyndikate erreicht sei. Nun aber klagt am Donnerstag in einem Leitartikel der "Lavoro Fascista", das Hauptblatt der faschistischen Arbeiter-Zwangssyndikate, offen die Arbeitgeber der rücksichtslosesten Vergehen gegen dieses Abkommen an. Auf den verschiedensten Arbeitsgebieten hätten die Unternehmer ohne weiteres Lohnsenkungen vorgenommen, die von zehn bis 35 Prozent gingen. Sie hätten dabei die Arbeitersyndikate nicht einmal gefragt, geschweige die Gegenargumente angehört. In den Kollektivverträgen ist das Minimum und Maximum eines Arbeitslohnes je nach den einzelnen Gegenden und Betrieben festgesetzt. Die Arbeitgeberverbände haben nun die Verträge in bewusster Umgehung so ausgelegt, dass sie überall das Minimum zahlen und alle qualifizierten Arbeiter so um zehn bis 35 Prozent ihres Lohnes vertragswidrig schädigen. Das Minimum, das die äusserste Notdurft der Lebensexistenz darstellt und niemals für qualifizierte Arbeiter bestimmt gewesen sei, stelle heute für die Unternehmer das Maximum dar. Das Blatt be-

zeichnet dieses Vorgehen als ungeheuerlich und der so gerühmten Carta del Lavoro, der Grundverfassung der Arbeit widersprechend, die doch die grösste Errungenschaft der faschistischen Revolution sei. Es ruft die Hilfe des Korporationsministeriums an. Wenn diese Auffassung der Arbeitgeber stillschweigend durchgelassen würde, dann wären die faschistischen Arbeiter sogar ihrer elementarsten und wichtigsten Rechte beraubt, würden sie in nicht wieder gut zu machender Art zur völligen Ohnmacht verurteilt, und das hätte nicht nur volkswirtschaftliche Konsequenzen, sondern vor allem auch psychologische, moralische und besonders politische.

SPD. Paris, 6. November (Eig. Drahtb.)

Unter dem Protektorat des interalliierten Kriegsteilnehmerverbandes findet am Sonntag, den 9. November im Pariser Trocadero eine grosse Waffenstillstandsfeier statt. Das Fest wird keinen politischen Charakter tragen, sondern soll als reine Freudenfeier über den zu Ende gegangenen Krieg gelten. Demgemäss sieht das Programm ein lustiges Theaterstück mit anschliessenden Volkstänzen vor.

SPD. Paris, 6. November (Eig. Drahtb.)

Der französische Arbeitsminister Laval hat die Arbeiterdelegierten aus den französischen Minengebieten von Anzin und Pas de Calais empfangen, um sich von ihnen das nötige Material zur Schlichtung des nun seit Monaten zwischen den Grubenarbeitern und den Grubenbesitzern schwebenden Streits um die Bezahlung der jährlichen Ferien unterbreiten zu lassen. Er hat nach einer gründlichen Aussprache der Sachlage den Arbeitern seine volle Unterstützung zugesagt.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion des Landtages hat folgende Grosse Anfrage eingebracht :

"Die "Deutsche Bergwerks-Zeitung" stellte am 22. Oktober 1930 unter der Ueberschrift "Die vorbildliche öffentliche Hand" unter Verletzung jeder journalistischen Gepflogenheit, die eine ausreichende Orientierung zur Pflicht macht, die Behauptung auf, dass sich die Preussische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, deren sämtliche Aktien sich im Besitz des Preussischen Staates befänden, unlauterer Mittel bedient habe, um im freien Wettbewerbskampf mit der Kali-Chemie-Akt. Ges. die Kaliquote des anhaltischen Fiskus zu erwerben. Da die Kali-Chemie sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht habe, sei es im Anhaltischen Landtag auf jede Abgeordnetenstimme angekommen. Eine Mehrheit habe sich für die Uebertragung der Anhaltischen Salzwerke an die Preussag entschieden; zwei dieser Stimmen seien von der Preussag auf ganz unzweideutige Weise mit je 10 000 RM. gekauft worden.

Chefredakteur der "Deutschen Bergwerks-Zeitung" ist der preussische wirtschaftsparteiliche Landtagsabgeordnete Dr. Schmidt-Hoepke, der zwar die sofortige Berichtigung der Preussag in seiner Zeitung veröffentlichte, wonach sie mit der Geldhergabe an anhaltische Abgeordnete nicht das mindeste zu tun habe, dass sie weder direkt noch indirekt einem Abgeordneten Zuwendungen oder Versprechungen gemacht habe, und dass sie von der Angelegenheit auch nicht die mindeste Kenntnis bis zu deren Aufrollung im Anhaltischen Landtag gehabt habe. Die weitere Mitteilung in der ihm zugegangenen Berichtigung, dass das Geld von zwei interessierten Angehörigen der Deutschen Wirtschaftspartei gegeben worden sei, und dass einer der beiden Interessenten der Fraktionsvorsitzende der Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes, Herr Ladendorff, sei, wurde von dem Chefredakteur der "Deutschen Bergwerkszeitung" unterdrückt.

Inzwischen ist im Untersuchungsausschuss des Anhaltischen Landtags festgestellt worden, dass die Abgeordneten Günther und Marzahn 10 000 RM bzw. 20 000 RM durch den Direktor Seiffert der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz Akt.Ges. erhalten habe. Der Direktor Seiffert behauptete im Untersuchungsausschuss, das Geld sei von den beiden Abgeordneten nicht angefordert worden.

Aufsichtsratsvorsitzender dieser Bank ist der preussische Landtagsabgeordnete Ladendorff, Dieser gab in einer dem "Vorwärts" zugegangenen Berichtigung ebenfalls zu, dass die beiden anhaltischen Abgeordneten für angebliche wirtschaftliche Schädigungen, die sie durch ihr Eintreten für den Preussag-Vertrag erlitten hätten, auf ihren Antrag und nach Vorlage von Unterlagen nach der Abstimmung im Anhaltischen Landtag von der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A.G. eine Entschädigung erhalten hätten. Die Zuwendung an die beiden anhaltischen Abgeordneten erfolgte also mindestens mit Billigung des Herrn Ladendorff. Dabei ist unverkennbar, dass entweder der Bankdirektor Seiffert oder der Aufsichtsratsvorsitzende Ladendorff die Unwahrheit gesagt hat. Herr Ladendorff behauptet, dass das Geld gegeben worden sei auf Antrag und nach Vorlage von Unterlagen. Herr Seiffert behauptet in seiner verantwortlichen Vernehmung in dem anhaltischen Untersuchungsausschuss, dass das Geld von anhaltischer Seite nicht angefordert worden sei, und dass es sich bei einer telegraphischen Geldüberweisung von 12 000 RM um den beabsichtigten Kauf eines Nerzmantels gehandelt habe. Wer aber wegen wirtschaftlicher Schädigungen vor dem Zusammenbruch steht, wird keinen Nerzmantel kaufen wollen. Die Angelegenheit wird durch die widersprechenden Aussagen der für die Geldhergabe verantwortlichen Hauptbeteiligten immer dunkler. Natürlich wird kein Mensch glauben, dass Herr Ladendorff und seine Bank sich für die Preussag oder den Preussischen Staat opfern, zumal doch Herr Ladendorff im Preussischen Landtag seit langen Jahren im heftigsten Kampf gegen die Preussische Regierung steht. Da man in Anhalt offen von einer Bestechung spricht und zur Aufhellung der Hintergründe einen Untersuchungsausschuss eingesetzt und kraft besonderen Gesetzes einen Staatsgerichtshof mit der Untersuchung der Bestechungsaffäre betraut hat, macht es sich umso notwendiger, dass die Preussische Regierung zu der Angelegenheit Stellung nimmt, zumal die "Deutsche Bergwerks-Zeitung" eine preussische staatliche Aktiengesellschaft, die unter mehrfacher behördlicher Kontrolle steht, in frivoler Weise des Stimmenkaufs beschuldigt hat.

Wir richten daher an die Preussische Staatsregierung die Frage, ob sie eine amtliche und evtl. eine strafrechtliche Untersuchung der Angelegenheit einzuleiten beabsichtigt und bereit ist, der Öffentlichkeit das Ergebnis zu übermitteln.

SPD. Paris, 6. November (Eig. Drahtb.)

Der grosse Ansturm der französischen Nationalisten und Chauvinisten gegen Briand, zu dem die aussenpolitische Debatte in der Kammer Anlass geben sollte, ist auf dem besten Wege im Sande zu verlaufen. Es war ein geschickter Schachzug der Linken, den Beginn der Debatte gleich am ersten Tage der Parlamentseröffnung zu erzwingen. So mussten die beiden Hauptschreier, Franklin-Bouillon und Scapini, auf ihre ersten Plätze in der Rednerliste verzichten und sich vorläufig zum Schweigen verurteilen lassen. Dazu ist es dem Abg. Francois Albert gelungen, dem Abg. Scapini das überaus offenherzige Geständnis zu entreissen, dass es der Rechten gar nicht so sehr auf ihre laute patriotische Besorgnis ankomme, als darauf, die Bildung eines Linkskabinetts zu verhindern. Der reaktionäre Angriff gegen Briand ist so von vornherein, bevor er überhaupt begonnen hat, als ein plumpe innerpolitisches Manöver desavouiert.

Das Interesse der Parlamentarier an der Donnerstag-Aussprache, die in der Hauptsache ein Loblied des Abg. Cachin auf Sowjetrussland brachte, ist bis auf den Nullpunkt gesunken. Viel mehr beschäftigt man sich mit den von den

sozialistischen Abgg. Monnet, Chastenet, Vincent Auriol und Rmadier eingebrachten Interpellationen über die Krise an der Börse und die Serie von Bankkrachen der letzten Tage. Die Interpellanten haben die Absicht geäußert, die Regierung zu einer klaren Äusserung zu jenen Gerüchten zu zwingen, wonach ein, wenn nicht gar mehrere Mitglieder der Regierung von diesen schmutzigen Börsengeschichten aufs übelste kompromittiert seien. Vielleicht kommt der Skandal schon am Freitag nachmittag zum platzen, denn den Interpellanten soll Gelegenheit gegeben werden, die Festsetzung des Datums für ihre Interpellationen zu verlängern.

Zu allem kam auch noch ein Zwischenfall von äusserster Heftigkeit, den wiederum der nationalistische Hetzer und Chefredakteur der "Liberté", Camille Aymard provoziert hatte. Wie gemeldet, hatte Aymard den sozialistischen Parteiführer Léon Blum, den er in seinem Blatt alltäglich wegen Vaterlandsverrats mit seiner Druckerschwärze standrechtlich erschiesst, zu einer offenen Aussprache in den Wandelgängen der Kammer aufgefordert. Selbstverständlich dachte Léon Blum keinen Augenblick daran, der Einladung Folge zu leisten. Dagegen war Aymard, umgeben von einer Leibwache, pünktlich zur Stelle. Er geriet sofort mit dem sozialistischen Abg. Bretet in Streit, den er in überheblichem Tone nach dem Verbleib Léon Blums gefragt hatte. Zahlreiche Abgeordnete und Journalisten mischten sich ein und es kam zu einer erregten Szene, sodass sich der Kammerpräsident Buisson nur mit Mühe einen Weg zum Eintritt in den Sitzungssaal schaffen konnte. Als dann aber Camille Aymard plötzlich einen Toschläger aus der Tasche zog, artete der Streit in Tötlichkeiten aus. Aymard erhielt von dem Redakteur des "Populaire", Lauze, eine kräftige Ohrfeige und flog, noch ehe er von seiner Waffe Gebrauch machen konnte, in hohem Bogen rücklings durch das Fenster in den Garten hinaus. Weil er sich aber immer noch nicht zufrieden geben wollte, wurde er von der Kammerwache unter militärischer Bedeckung abgeführt. Bei der Prügelei, die dem Hinauswurf Aymards voranging, hatte der sozialistische Abg. Marcais eine schwer blutende Wunde am Auge und an der Wange davongetragen. Der Quästor Barthe, der sich vermittelnd zwischen die Streitenden geworfen hatte, erhielt nicht nur zahllose Faustschläge, sondern wurde sogar von einem Taschendieb bestohlen.

SPD. Hannover, 6. November (Eig. Drahtb.)

Die Schwerindustrie stösst auf der ganzen Front gegen die Metallarbeiter vor, Auch das Peiner Walzwerk und die Ilseeder Hütte haben sich jetzt diesem Vorgehen angeschlossen. Sie haben durch Anschlag bekanntgegeben, dass a) die Senkung der Verdienste wie in Rheinland-Westfalen mit $7\frac{1}{2}\%$ erfolgt, b) die seit dem 1. Juli 1930 unterbliebene Verdienstkürzung nachträglich berücksichtigt wird, c) der inzwischen eingetretenen weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Rechnung getragen wird.

Man will dem Lohnabbau also rückwirkende Kraft geben. Die Arbeiterschaft soll, da der Tarifvertrag am 31. Oktober abläuft, mit einem Lohnabbau vom 1. Juli an bedacht werden, den sie für die Zukunft zu tragen hat. Die Werksleitung begründet ihr Vorgehen mit einer Ermässigung der Akkordüberverdienste um $7\frac{1}{2}\%$, die vom 1. Juli an in Nordwest vorgenommen sein soll. Gleichzeitig ist der gesamten Belegschaft des Peiner Walzwerkes und der Ilseeder Hütte, zirka 3500 Arbeitern, die Kündigung mit der Massgabe zugestellt worden, dass am 13. November das Arbeitsverhältnis als beendet zu betrachten sei. Zugleich wurde allen Arbeitern ein Revers zur Unterschrift überreicht, wonach diejenigen, die sich der Lohnherabsetzung beugen, weiter beschäftigt werden sollen. Aber auch den bereits vor einigen Monaten entlassenden Arbeitern wurden derartige Reverse zugestellt. Sie sollen den Arbeitgebern zur Durchführung ihrer rigorosen Massnahmen als Werkzeug dienen. Man glaubt, die Arbeiterschaft sei infolge Feierschichten, Entlassungen und Lohnsenkung so müde geworden, dass man jetzt unter Zuhilfenahme der Erwerbslosen die Machtprobe wagen kann. Man hat

aber nicht mit dem Widerstand der Belegschaft gerechnet. In zwei grossen überfüllten Belegschaftsversammlungen haben die Arbeiter einmütig den Beschluss gefasst, die Unterschrift unter dem Revers abzulehnen und sich entschlossen, den Kampf um den Lohnabbau aufzunehmen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Reichskanzler Dr. Brüning empfing am Donnerstag im Beisein des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Schiel die in Berlin anwesenden Vertreter der Grünen Front, die auf den ausserordentlichen Ernst der Lage in der Landwirtschaft hinwiesen und in einem an den Reichsernährungsminister gerichteten Schreiben diejenigen Massnahmen auf den wichtigsten Gebieten in Vorschlag brachten, deren sofortige Inangriffnahme notwendig sei. Sie wiesen insbesondere auf die grosse Eilbedürftigkeit der zu treffenden Massnahmen hin. Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsminister Schiel betonten, dass sich die Reichsregierung der überaus schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft durchaus bewusst sei. Das Reichskabinett habe bekanntlich bereits vor einigen Tagen, nämlich am 25. Oktober, gewissen Vorschlägen des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft seine Zustimmung erteilt und es bestehe im Reichskabinett Uebereinstimmung darüber, dass diese dringendsten Massnahmen nun auch beschleunigt in Kraft treten müssten.

SPD. Paris, 6. November (Eig. Drahtb.)

Im Hafen von Cherbourg ist eine Meuterei unter den Matrosen ausgebrochen. Es handelt sich hierbei nicht um regelrechte Marinesoldaten, sondern um ein Spezialkorps, das zwar unter militärischer Autorität steht, aber alle zivilen Freiheiten der Arbeiter geniesst und sich u. a. selbst verköstigt. Hierfür bekamen die Leute - sechs Franken pro Tag.

Diese Woche ist nun durch Ministerial-Erlass angeordnet worden, dass die Matrosen fortan im Arsenal von Cherbourg in der Einheitsküche zu essen haben, wodurch natürlich die bisher bezogenen sechs Franken fortfallen sollen. Am Montag und Dienstag verweigerten 160 Matrosen das Arsenal-Essen und traten in den Hungerstreik. Demzufolge wurden 21 Matrosen zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Dennoch setzten die Leute auch am Mittwoch die Protestbewegung fort, worauf drei Matrosen zu 15 Tagen Gefängnis mit Strafarbeit und 24 zur Streichung von der Avancementsliste verurteilt wurden. Die Frauen der gemassregelten Marinearbeiter haben nun für Donnerstag abend eine grosse Protestkundgebung angesagt während die Matrosen beschlossen haben, den Hungerstreik unter allen Umständen fortzusetzen.

SPD. Zürich, 6. November (Eig. Drahtb.)

Die "Neue Züricher Zeitung" setzt die Mitteilungen über die Verhaftungen von Intellektuellen in Italien fort. In den letzten Tagen wurde der Finanzminister im Kabinett Bonomi und Kriegsminister im zweiten Kabinett Facta Marcellò Soleri verhaftet, der der liberaldemokratischen Opposition angehörte. In Mailand wurden die beiden Advokaten Professor Fabio Luzatto und Renzo Gargani, ferner eine Gruppe von 12 Intellektuellen verhaftet, denen Desperation gegen das Regime und die Verbreitung von faschistenfeindlichen Druckschriften vorgeworfen wird. Zu dieser Gruppe gehört der bekannte Advokat Riccardo Bauer, der Schriftsteller Tino Roberto und der frühere Privatsekretär des Sekretariats Alberti Parri. Die Verhaftung des Professor Guiseppe Rensi und seiner Frau hat in Italien die grösste Verwunderung ausgelöst. Rensi hat sich wie Margerita Parfatti in ihrem Buche über Mussolini selbst berichtet, weil sie in Tessin lebte, des ausgewiesenen Mussolini in rührendster Weise angenommen.

Seit 1918 war Rensi, der der republikanischen Bewegung nahesteht, Professor an der Universität Genua. Man vermutet, dass einige unvorsichtige Stellen in einem Briefe der Frau Rensi die Verhaftung, die am 2. Oktober erfolgte, veranlassten. Der verhaftete Professor Ernesto Rossi ist während des Polizeitransportes von Mailand nach Rom durch das Wagenfenster des Nachtschnellzuges gesprungen. Er wurde jedoch am Morgen neuerdings festgenommen. Es scheint somit, dass in den letzten Wochen eine neue Serie politischer Verhaftungen stattgefunden hat, die sich ganz besonders gegen die Intellektuellen richtet.

SPD. Prag, 6. November (Eig. Drahtb.)

Die tschechoslowakische Regierung beschloss, vom Parlament die Ermächtigung zu verlangen, 150 Millionen tschechische Kronen zur Milderung der Wirtschaftskrise zu verwenden. Damit sollen auch Gewerkschaftsorganisationen saniert werden, deren Kassen durch Auszahlung von Erwerbslosenunterstützungen zu stark in Anspruch genommen wurden und die sich infolge des voraussichtlichen Anwachsens der Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten in schwieriger finanzieller Lage befinden werden. Insbesondere handelt es sich dabei um Textilarbeiterorganisationen. Auch direkte Unterstützung von Erwerbslosen in den verschiedensten Formen ist vorgesehen. Schliesslich soll im Rahmen dieses Gesetzes die Frage der Kredite für Gewerbetreibende, der Exportkredite für die Industrie und der Kredite für die Arbeitergenossenschaften gelöst werden.

SPD. Wien, 6. November (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag wurde in Wien in den Räumen des Arbeiter-Jagd- und Sportvereins eine Hausdurchsuchung nach Waffen vorgenommen. Es wurde ausser einigen Holzkeulen und einigen Rollen Draht nichts gefunden. Ausserdem wurde auch in drei Konsumvereinen hausgesucht, wo ebenfalls nur einige Totschläger aufgefunden wurden. In Wöllerdorf, wo im Krieg ein Riesenrüstungsbetrieb war, der jetzt in Privatfirmen umgewandelt ist, wurden in einer Fabrik einige Tausend leere Munitionskisten durchsucht, aber nur etwa 15 Revolver gefunden. In Steiermark wurden wieder in zahlreichen Orten von Gendarmerie und Militär Hausdurchsuchungen vorgenommen. In dem Ort Kindberg haben in der Nacht zum Donnerstag Heimwehrlaute das Lokal des Arbeiterkonsumvereins erbrochen und dort eine Hausdurchsuchung nach Waffen vorgenommen, ohne etwas zu finden. Der sozialdemokratische Bürgermeister legte sofort beim Bezirkshauptmann Protest ein, der die Heimwehrlaute durch Gendarmerie vertreiben liess.

Die amtliche Meldung vom Dienstag, dass in Graz ein geheimer Radiosender beim sozialdemokratischen Arbeiter-Radiobund beschlagnahmt worden sei, ist eine arge Blamage. Es war in Wirklichkeit ein Radioempfänger, wie die von der Polizei gestellten militärischen Sachverständigen feststellen mussten.

SPD. London, 6. November (Eig. Drahtb.)

Das Exekutiv-Komitee der Labour-Party hat sämtliche Bezirks- und Kreisorganisationen angewiesen, den Wahlfond aufzurichten und alle organisatorischen und finanziellen Vorbereitungen für die kommenden Parlamentswahlen zu treffen. Obwohl die Parlamentsauflösung und die Neuwahlen nicht in unmittelbarer Sicht ständen, so wäre es unklug, wenn die Partei nicht alle Vorsichtsmassregeln treffen würde, um einer plötzlichen Krise gewappnet gegenüberzustehen.

SPD. London, 6. November (Eig. Drahtb.)

Die Kommunalwahlen in Schottland haben der Labour-Party einen Verlust von insgesamt 9 Sitzen gebracht, denen 13 Gewinne gegenüberstehen. In Glasgow ging jedoch die Arbeitermehrheit verloren. Infolge eigenartiger Gesetzesbestimmungen waren hier 40 000 Arbeiterwähler von der Wahlliste gestrichen. Das Wahlresultat ergab 115 101 Stimmen für die Labour-Party gegen 158 695 Stimmen der vereinigten bürgerlichen Gegner.

SPD. New York, 6. November (Eig. Drahtb.)

Von den 160 bei dem Bergwerksunglück in Ohio verschütteten Grubenarbeitern sind 94 tot und 24 lebend geborgen worden. Das Schicksal der anderen ist noch ungewiss.

SPD. Bombay, 6. November (Eig. Drahtb.)

In Bombay dauern die schweren Kämpfe zwischen Demonstranten und Polizisten fort. Am Donnerstag erfolgte ein Angriff gegen eine Polizeistation, wobei die Polizei die Massen mit Schüssen auseinandertrieb. 40 Angreifer wurden verwundet. Auch aus den übrigen Teilen des Landes werden ähnliche Unruhen gemeldet. Die Zahl der in Bombay bei den Ausschreitungen am Mittwoch verletzten Personen hat sich auf 120 erhöht.

SPD. Wien, 6. November (Eig. Drahtb.)

In einer sozialdemokratischen Versammlung am Donnerstag abend hat der Obmann des republikanischen Schutzbundes, Nationalrat Dr. Deutsch, ausführliche und Aufsehen erregende Mitteilungen über die Tiroler Waffenfunde gemacht. Er erzählte: "Als im Frühjahr 1926 Mussolini eine berühmte Drohrede hielt, in der er erklärte, die italienischen Faschisten würden nicht zögern, die Trikolore über den Brenner zu tragen, erwog die Tiroler Landesregierung die Möglichkeit, das Land gegen den Einbruch faschistischer Banden zu verteidigen. Sie lud alle Selbstschutzformationen, auch den Republikanischen Schutzbund, zu einer Besprechung ein. Dr. Deutsch selbst als Obmann des Schutzbundes, fuhr nach Innsbruck und hatte dort mit dem Landeshauptmann in dessen Amtsräumen eine lange Unterredung, in der alles Notwendige über die Mitwirkung des Schutzbundes vereinbart wurde. Zum Schluss der Unterredung dankte der christlich-soziale Landeshauptmann den Vertretern des Schutzbundes für ihre Bereitwilligkeit, an der Verteidigung des Landes Tirol gegen faschistische Bandeneinbrüche mitzuwirken. Während der Schutzbund sofort bereit war, sich an der Verteidigung Tirols zu beteiligen, machte die Heimwehr Schwierigkeiten. Die Heimwehr stand damals nämlich unter dem militärischen Kommando eines gewesenen Feldmarschallleutnants. Weil dieser einen höheren Rang hatte, als der damals kommandierende General der Tiroler Brigade, wollte sich der Heimwehrkommandant nicht unter dem Befehl des rangjüngeren Kommandanten der staatlichen Wehrmacht stellen. Diese Rangfrage war das Einzige, was die Heimwehr interessierte. Der Republikanische Schutzbund hat sich sofort vorbehaltlos bereit erklärt, unter dem Kommando von Offizieren des Bundesheeres gegen die Faschisten zu kämpfen. Es wurden infolgedessen zwischen dem Heeresminister Vaugoin und Dr. Deutsch Besprechungen geführt, im Anschluss an die dann die technische Durchführung mit Generälen des Bundesheeres beraten werden sollte. Tatsächlich erschienen darauf Offiziere des Heeresministeriums in den Räumen des Schutzbundes im sozialdemokratischen Parteihaus und hatten dort mit leitenden Funktionären des Schutzbundes eine lange Beratung vor allem darüber, dass ausser den Tiroler Schutzbündlern, die sofort an dem Kampf teilnehmen sollten, auch eine Abteilung von

1000 Wiener Schutzbündlern auf den ersten Alarm hin sofort nach Tirol gehen sollte. Ueber die weitere Mitwirkung des Schutzbundes sollte dann verhandelt werden, wenn die Gefahr noch grösser werden sollte. Dr. Deutsch bemerkte dazu, damals erhielt selbstverständlich der Tiroler Schutzbund Waffen, und diese Waffen sind es, die die Regierung Vaugoin dem Schutzbund zum Teil wieder weggenommen hat und jetzt brüsten sie sich noch dieser Heldentaten. Deutsch sagte: "Soll ist vielleicht jetzt die Akten über die Mitwirkung des Republikanischen Schutzbundes an der Verteidigung Tirols veröffentlichen? Soll ich noch nähere Mitteilungen machen?" Er richtete an Bundeskanzler Vaugoin die offene Frage, ob er auch die Briefe veröffentlichen sollte, die Vaugoin persönlich in dieser Angelegenheit an Dr. Deutsch gerichtet hat.

SPD. London, 6. November (Eig. Drahtb.)

Von der Arbeiterpartei mit grossem Beifall begrüsst, erhob sich am Donnerstag nachmittag im Unterhaus der Unterrichtsminister Trevelyan, um das neue Schulgesetz der Regierung vorzulegen und zu begründen. Das Kabinett hofft, die Vorlage bis Weihnachten unter Dach und Fach zu bringen. "Was wir hier vorschlagen - erklärte der Minister - ist eine der grössten Reformen in der englischen Geschichte, denn sie soll dem Kinderdrama in der englischen Arbeiterklasse ein Ende bereiten. Das schulpflichtige Alter soll auf 15 Jahre erhöht und die davon betroffenen Eltern mit durchschnittlich 5 Schilling pro Woche für jedes Kind unterstützt werden. Einer Armee von Kindern wollen wir eine verlängerte Ausbildungszeit und damit die Grundlage für einen besseren Lebensstandard geben. Wir wollen die Kinder bis zum 15. Lebensjahre von der Arbeit fernhalten, so wie es die Besitzenden ihrer Jugend bis zum 18. Lebensjahre und noch länger gewähren können. Die Lehrer und Erzieher treten warm für unsere Reform ein, die keinen Gegner unter denkenden und empfindenden Menschen haben sollte. Für 300 000 Kinder soll das Gesetz sofort in Kraft treten, und bis zum April 1931 kann die Umorganisation in den Schulen soweit gediehen sein, dass alle englischen Volksschüler - insgesamt 500 000 - in das Gesetz einbezogen sind. Die 300 000 Kinder machen aber für 150 000 ältere Arbeiter Arbeitsplätze frei, sodass dadurch die Arbeitslosigkeit erheblich vermindert wird. Die jährlichen Kosten für die Ausführung des Gesetzes belaufen sich auf 7 bis 9 Millionen Pfund Sterling."

Unter den Hochrufen der Arbeiter-Partei schloss Trevelyan seine Rede. Der Sprecher der Arbeiterfraktion, Abgeordneter Ede, sagte im Namen der Labour-Party; die Hoffnungen der englischen Arbeiterbewegung würden auf diesem Gesetz beruhen. Vielleicht ist dies auch der Grund, weshalb der nächste Redner, Lord Perzy, der Unterrichtsminister im früheren Kabinett Baldwin, im Namen der Konservativen das Gesetz ablehnte. Seine Partei werde unter allen Umständen gegen das Gesetz stimmen. Die Zerfahrenheit der Liberalen Partei zeigt sich wiederum darin, dass sie bis heute noch nicht weiss, ob sie für oder gegen das Gesetz stimmen soll.

SPD. New York, 6. November (Eig. Drahtb.)

Nach den letzten Meldungen wurden bei den amerikanischen Wahlen gewählt: 215 Republikaner (früher 269), Demokraten 210 (165), Unabhängige Republikaner 1 (0), Landarbeiter 1 (1). 8 Wahlbezirke stehen noch aus.

SPD. Genf, 6. Nov. (Eig. Drahtber.)

Die letzte Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission musste unter Ausschluss des Publikums begonnen werden, da die Genfer Patriotenliga am Mittwoch öffentlich angedroht hatte, es werde zu Protestkundgebungen in der Sitzung gegen die "Sowjetbanditen" kommen. Angesichts dieser skandalösen Haltung eines kleinen Bevölkerungsteils, die der Stadt des Völkerbundes ein schlechtes Ansehen verschafft hat, war auch die Polizeikontrolle erheblich verstärkt worden. In seiner Eröffnungsansprache begrüßte der Vorsitzende Laudon-Holländ die neuen Kommissionsmitglieder Irland und Norwegen, mit denen nunmehr insgesamt 20 Delegationen anwesend seien. Diese Tagung soll nur als Fortsetzung der vor 18 Monaten abgebrochenen 6. Tagung der Konferenz gelten, daher schlägt er vor nicht noch einmal mit einer Generaldebatte zu beginnen, sondern sofort in die Spezialausprache der zweiten Lesung des Konventionsentwurfes einzutreten, und zwar nur der Abschnitte, zu denen Abänderungen eingebracht worden seien. Laudon appellierte an den guten Willen der Delegationen. Die Vorbereitende Konferenz habe nur die Aufgabe, die allgemeine Konferenz für die Verminderung und Begrenzung der Rüstungen vorzubereiten.

Sofort entstand eine längere Geschäftsordnungsdebatte, da Lord Cecil beantragte, dass sämtliche Kapitel des Konventionsentwurfes einer neuen Beratung unterzogen werden sollten. Dem widersprach Graf Bernstorff mit der Begründung, dass in dieser Kommission doch keine Entscheidung fallen könnte. Die Hauptsache sei, so schnell als möglich die Konferenz abzuschliessen, damit sie noch rechtzeitig dem Völkerbundsrat für dessen Januartagung eingereicht werden könne. Seit 5 Jahren werde ohne Erfolg diskutiert, jetzt müsse rasch gearbeitet werden, um die Abrüstungskonferenz zum frühesten Termin einberufen zu können.

Unter allgemeiner Spannung und Nervosität erhob sich Litwinoff, um zunächst den Vorschlag Lord Cecils zu unterstützen. Obwohl zur Beschleunigung der Arbeiten gerade einmütig eine neue Generaldebatte abgelehnt worden war, verlas Litwinoff eine lange Agitationsrede mit dem üblichen Gemisch von Wahrheiten und Spott, zu denen das Verhalten der Sowjetunion in scharfem Widerspruch steht.

Litwinoff begann mit einer Verhöhnung der Kommission, die mit einem ihrer Erfolglosigkeit entgegengesetzten Optimismus, die in der Geschichte internationaler Konferenzen einzig dastehende Entscheidung getroffen habe, dass dies nach 18 Monaten Unterbrechung keine neue Tagung, sondern nur die Fortsetzung der letzten sein solle. Man könne unmöglich die entscheidenden Entwicklungen in der langen Zwischenzeit ignorieren. Die Kriegsgefahr sei enorm gewachsen, die Unruhe so gestiegen, das sogar auf der Völkerbundsversammlung verschiedene Aussenminister die jetzige Zeit mit der kurz vor dem Weltkriege verglichen hätten. Dabei fänden die politischen Gegensätze einen neuen günstigen Boden in der wirtschaftlichen Weltkrise, die auch keinerlei antisowjetistische Teufelsbeschwörungen verhindern können. In Europa allein seien 40 Millionen nationale Minderheiten, deren Gewicht auf die internationale Situation drücke. Könne man die symptomatische Stärkung gerade der unverantwortlichsten, kriegerischsten und angriffslustigsten Parteien in bestimmten Ländern übersehen? Sei diese Stärkung nicht das Ergebnis der Steigerung der internationalen und sozialen Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft? Spreche die hartnäckige Unterdrückung der geringsten Abrüstungsregungen in bestimmten Ländern und sogar die Steigerung ihrer Rüstungen nicht von Kriegsgefahr. Seien die Kriegsbudgets der fünf grössten Mächte seit 1926, dem Beginn der Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission etwa nicht um eine halbe Milliarde Dollars, also um 27 %, erhöht worden? Man solle nicht von der Verminderung aktiver Truppen reden, sie seien alle mehr als ausgeglichen worden durch anderweitige Steigerungen der Zerstörungskraft der betreffenden Armeen. Suche man nach einem Mittel zur Abrüstung, dann müsse man zur Herabsetzung der gesamten Zerstörungskraft kommen. Litwinoff verhöhnste dann beissend, das "Lied von der Sicherheit", das von den Ab-

rüstungsgegnern seit vielen Jahren gesungen werde. Auch die vielen Sicherheitsverträge samt dem Kelloggspakt hätten kein internationales Vertrauen erzeugt. Man müsse entschlossen die These "erst Sicherheit, dann Abrüstung" zurückweisen und erkennen, dass sie das Gegenteil der Abrüstung sei und dass die Vertreter dieser These in Wirklichkeit der Abrüstung und selbst der Rüstungsbeschränkung Widerstand leisteten. Was also folge aus dem Gesagten? Wie könne man sich gegen die enorme Kriegsgefahr schützen? Für die Vertreter Sowjet-Russlands sei es klar, dass die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze und folglich auch der Krieg untrennbar von der kapitalistischen Gesellschaft sind. Deswegen seien sie der Meinung - und ohne dass seien sie nicht hier - dass die Kriegsgefahr beträchtlich vermindert oder hinausgeschoben werden könne, durch diese oder jene Massnahme wirklicher Abrüstung. Deswegen habe die Sowjetdelegation auch die totale Abrüstung, später nach-Ablehnung, die 50%ige Abrüstung vorgeschlagen, die auch abgelehnt worden sei. Endlich hätte sie einen durch eine Ziffer bestimmten Abrüstungskoeffizienten vorgeschlagen. Auch das sei abgelehnt worden. Wohl könnten diese Vorschläge unter der neuen Belichtung durch die aufgezeigte Tatsache von neuem beantragt werden, aber er habe nicht die Hoffnung, dass die Kommission dazu geneigt sei, weshalb er sie sich für die Abrüstungskonferenz selbst vorbehalte. Auch im Rahmen der zweiten Lesung des Konventionsentwurfes schlage er die erneute Prüfung bestimmter Fragen vor, in der Erwartung die Kommission werde die gefährliche internationale Situation und die in den 18 Monaten Unterbrechung eingetretenen neuen Umstände beachten.

Die Sowjetdelegation schlage vor: 1.) Im ganzen Entwurfe den Ausdruck "Begrenzung der Rüstungen" durch die Worte "Verminderung und Begrenzung der Rüstungen" zu ersetzen. Nur so könne der bisherige Eindruck vermieden werden, als sollten die Rüstungen auf ihrem heutigen Stand stabilisiert werden mit einem Spielraum für Erhöhungen. 2.) Soll die bereits abgelehnte Frage der ausgebildeten Reserven und 3. die des Kriegsmaterials wieder aufgenommen werden. Russland halte auch eine Aenderung in der Zusammensetzung der Konferenz für nötig, damit gewissen Regierungen, die in letzter Zeit viele ihren Handlungen entgegengesetzte Erklärungen über Abrüstung losgelassen hätten, die Möglichkeit gegeben werde, die Worte und Abstimmungen ihrer Vertreter in der Vorbereitenden Abrüstungskommission mit ihren eigenen Erklärungen in Uebereinstimmung zu bringen. Die russische Delegation wäre bei einer neuerlichen Ablehnung der Behandlung ihrer wenigen Vorschläge völlig desinteressiert an allen anderen Fragen der Tage.

Der Vorsitzende Laudon beging nun die unglaubliche Ungeschicklichkeit, Litwinoffs Rede als nicht zur Geschäftsordnung gehörig, nicht übersetzen zu lassen. Hierauf verliessen sämtliche Journalisten unter Protest den Saal. Das Sekretariat durfte daraufhin die Rede in Vervielfältigung verteilen, worauf die Presse wieder im Saal erschien. Diese Reklame für Litwinoff hätte sehr gut gespart werden können. Litwinoff benutzte auch die Gelegenheit, um dem Vorsitzenden höhnisch für seine Reklame zu danken. Nach kurzen Repliken von Lord Cecil und Graf Bernstorff sowie einigen anderen Delegierten wurde beschlossen, dass zuerst nur die strittigen Kapitel und zum Schluss der ganze Konventionsentwurf gelesen werden sollte.

Landtag-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 6. November (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag lehnte am Donnerstag die Misstrauensvoten gegen Severing mit 229 gegen 196 Stimmen, also mit 33 Stimmen Mehrheit ab. Die Regierungskoalition in Preussen hat bekanntlich nur eine Mehrheit von 10 Stimmen. Wie das Abstimmungswunder zustande kommt, dass diese Mehrheit nun schon seit Wochen bei allen politischen Entscheidungen dreimal oder viermal grösser ist, lässt sich im Moment garnicht feststellen. Gewiss waren auch heute die Koalitionsparteien sehr stark vertreten. Wiederum waren von 138 sozialdemokratischen Abgeordneten 138 zur Stelle. Aber trotzdem müssen noch irgendwelche unbekanntes Helfer - vielleicht sind es die Aufwertler, vielleicht ein paar vernünftige Kommunisten - das blödsinnige Treiben gegen den Bestand des Kabinetts Otto Braun nicht mitgemacht haben. Jedenfalls hat der Abgeordnete Meyer (Hermsdorf) vom Christlich-Sozialen Volksdienst wieder einmal mit der Behauptung recht behalten, dass hinter der gespielten Entrüstung gegen das Kabinett Braun-Severing kein ernster Kampfwille steht.

Im übrigen setzte der Landtag am Donnerstag die Aussprache über die schweren Grubenkatastrophen der letzten Wochen fort. Genosse Fries (Siegen) gab als Mitglied der Grubensicherheitskommission eine ausführliche Darstellung seiner persönlichen Feststellungen bei Befahrung der Unglücksgrube die er durch zahlreiche mitgebrachte Photographien unterstützte. Der kommunistische Redner, der Abg. Sobottka, hat sich der gleichen Mühe des Augenscheins und der Feststellung von Tatsachen entzogen, indem er sich zwar bei einem Polizeihauptmann als kommunistischer Abgeordneter telefonisch angemeldet hat, sich aber bei der Grubensicherheitskommission nicht meldete. Der nationalsozialistische Abgeordnete Ley ist in der Verkleidung eines Sanitäters auf ganz kurze Zeit in die Unglücksgrube gefahren und hat dann ein Flugblatt produziert, das für 10 Pfg. pro Stück im ganzen Bergbaurevier in Massen verbreitet worden ist. In Uebereinstimmung mit sämtlichen Bergleuten hat die Technische Hochschule in Aachen den Inhalt dieses Flugblattes für den hanebüchensten Unsinn erklärt, der je gedruckt worden ist. Die Nationalsozialisten nahmen in der Debatte über die Grubenkatastrophe trotz aller Herausforderungen auch nicht das Wort. Entweder schämten sie sich doch noch des Dr. Ley oder sie hatten für die Sicherung der Bergarbeiterleben kein genügendes Interesse. Das Groschengeschäft mit den Extrablättern ist ja jedenfalls gemacht.

Im Gegensatz zu den Schwätzern und Demagogen entwickelte Gen. Fries (Siegen) auf Grund genauester Sachkunde eine Fülle von Vorschlägen, wie den Bergbaugeschäften in Zukunft besser zu begegnen sei. Jedenfalls nicht auf dem Wege der kapitalistischen Forderungen auf Verlängerung der Arbeitszeit und Abbau der Sozialpolitik. Dieser Feldzug der Sozialreaktion wird unter dem Schlachtruf geführt: Gegen den Marxismus, gegen die Sozialdemokratie! Mit Recht erklärte Gen. Fries alle Parteien für Kapitalknechte, die sich diesem Schlachtruf gegen die Sozialdemokratie anschliessen.

In der weiteren Debatte versuchte Abg. Schmidt-Höpke, Chefredakteur der "Deutschen Bergwerks-Zeitung", zu verteidigen, dass sein Blatt, die "Deutsche Bergwerkszeitung" noch nicht 24 Stunden nach der schrecklichen Grubenkatastrophe von Alsdorf gejubelt hat, die Dividende von 14% sei nicht gefährdet. Dieser Vertreter der Wirtschaftspartei, der kleinen Leute aus dem Mittelstand, fand auch heute diese Schamlosigkeit der übertriebensten kapitalistischen Einstellung harmlos. Aber selbst der offizielle Vertreter der Bergbauindustrie, Dr. v. Waldthausen rückte weit von ihm ab. - Zum Schluss der Debatte liess die kommunistische Fraktion die Erklärung abgeben, dass sie auch in Zukunft alle Katastrophen gleichviel welcher Art, nach besten Kräften parteipolitisch für sich ausschlagen werde. Ueberflüssig! Es hat niemand etwas anderes erwartet. - Am Freitag stehen die Ausführungsgesetze zu den Steuernotverordnungen des Reiches auf der Tagesordnung.

Der grosse Diebstahl.

118 Mandate der Arbeiterklasse geraubt !

SPD. "Nur, solange die Arbeiter und Angestellten glauben, dass auch die Industriellen, Beamten und Landwirte in ihren Parteien ihre Standes- und Klasseninteressen dem Volksinteresse unterordnen, wie sie selbst es tun, werden sie die Arbeitnehmerwählermassen bei den bürgerlichen Parteien festhalten können."

Reichstagsabg. Walter Lambach (Politische Wochenschrift 1927 Nr.2.)

Schon im Januar 1927 hat Walter Lambach, Geschäftsführer im Deutschnationalen Handelsgehilfenverband, damals noch Mitglied der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, heute Gefolgsmann des Herrn Treviranus, auf folgende Tatsachen aufmerksam gemacht: Nur ein Drittel aller Reichsangehörigen gehört zum Bürgertum im weitesten Sinne, zwei Drittel müssen aber zur Arbeitnehmerschaft gerechnet werden. Würden alle Arbeitnehmer nach ihren Klasseninteressen stimmen, so bekäme der Reichstag ein Gesicht, das diesem Verhältnis entspräche: ein Drittel Parteien des Bürgertums, zwei Drittel politische Vertretung des arbeitenden Volkes. Wir wissen, dass das für den vorigen Reichstag nicht zutraf. Ist es im neuen Reichstag besser geworden ?

Die Arbeiterklasse im neuen Reichstag.

Neben den 143 Abgeordneten der Sozialdemokratischen und den 77 Abgeordneten der Kommunistischen Partei zählt der Reichstag vom 14. September noch 47 Abgeordnete, die aus Arbeitnehmerkreisen kommen. 310 Abgeordnete vertreten entweder versteckt oder offen kapitalistische, antiproletarische Interessen. Würde sich das Verhältnis zwischen Besitzbürgertum und Arbeiterklasse, also ein Drittel und zwei Drittel, auch in der Zusammensetzung des Reichstags äussern, so würden die bürgerlichen Parteien insgesamt nur über 192, die Arbeiterparteien dagegen über 385 Mandate verfügen. Oder anders ausgedrückt: die bürgerlichen Parteien haben in diesem Reichstag 166 Abgeordnete mehr, die Arbeiterparteien dagegen 119 Abgeordnete weniger, als es der Stärke der hinter ihnen stehenden Klassen entspricht. 118 Mandate sind der Arbeiterklasse gestohlen worden; nicht wie vor dem Kriege durch ein Klassenwahlrecht oder durch die ungleiche Einteilung der Wahlkreise, sondern durch das Kapital. Es hat auch diesmal noch weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung glauben machen können, "dass auch die Industriellen, Beamten und Landwirte in ihren Parteien ihr Standes- und Klasseninteresse dem Volksinteresse unterordnen", wie es Lambach formuliert hat.

Die Arbeiterparteien.

Eindeutige und zweifelsfreie Vertreter der arbeitenden Klassen sind nur die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei. Stellt man die Fraktionen beider Parteien nebeneinander, so ergibt sich, dass sie in ihrer sozialen Herkunft nicht sehr voneinander verschieden sind. Das muss deshalb betont werden, weil die Kommunisten immer wieder behaupten, dass nur sie allein "die einzige Arbeiterpartei" seien. Nehmen wir die sozialdemokratischen Abgeordneten nach ihren ursprünglichen Berufen, die allein über ihre Klassenherkunft unterscheiden, so finden wir unter den 143 Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion 96 Handarbeiter, 4 Landarbeiter, 13 Angestellte, 7 Lehrer, zumeist Volksschullehrer, 4 Beamte, 4 Juristen, 1 Arzt, 1 Kaufmann, 1 selbständigen Landwirt, 12 freie Berufe. Die kommunistische Fraktion mit 77 Mitgliedern setzt sich zusammen aus 60 Handarbeitern, 1 Landarbeiter, 5 Angestellten, 1 Lehrer, 1 Jurist, 1 Kaufmann, 1 Landwirt, 7 freie Berufe. Es ergibt sich, dass die sozialdemokratische Partei Wert darauf legt, die Vertretung des ge-

samen arbeitenden Volkes zu sein, während die Kommunistische Partei ihre Abgeordneten vornehmlich der industriellen Arbeiterschaft entnimmt.

Arbeitnehmervertreter in bürgerlichen Parteien.

Das Zentrum zählt unter 68 Mitgliedern der Fraktion 18 Arbeiter und Angestellte. Daneben finden wir 12 Landwirte, 3 Handwerksmeister, 8 Beamte, 8 Lehrer, 4 Juristen, 6 Geistliche, 1 Staatspräsidenten, 1 Professor, 2 Kaufleute, 1 Grossindustrieller, 1 Bankdirektor, 1 Buchdruckereibesitzer, 2 freie Berufe. Die Deutschnationalen haben unter ihren 41 Abgeordneten 4 ehemalige Arbeiter und 1 Angestellten. Im übrigen setzt sich diese Fraktion aus Vertretern rein kapitalistischer Schichten zusammen; man findet dort Grossgrundbesitzer, Fabrikanten, höhere Beamte, Professoren. Die reine Unternehmerpartei ist die Deutsche Volkspartei. Sie zählt in ihrer Fraktion von 30 Mitgliedern 1 Arbeiter und 2 Angestellte, dagegen 6 Geschäftsführer von Unternehmerverbänden, 2 Generaldirektoren, 1 Bankdirektor, 1 Generaloberst a.D., 1 Gouverneur a.D. Wirtschaftspartei und Deutsches Landvolk haben keinen einzigen Arbeitnehmer den Zutritt in ihre Fraktionen geöffnet. Die Zusammensetzung der Bayerischen Volkspartei ähnelt der des Zentrums, nur dass der Anteil der Arbeiter mit 2 unter 19 Abgeordneten wesentlich geringer ist. Die Christlich-Sozialen haben 1 Arbeiter, die Deutsche Staatspartei 2 Angestellte, die Volksnationalen 1 Arbeiter, die Konservativen 1 Angestellten in ihren Reichstagsvertretungen. Bei der Deutschen Bauernpartei und bei den Deutsch-Hannoveranern fehlt der Arbeiterelement völlig.

Nationalsozialistische Deutsche "Arbeiter"-Partei.

Wie steht es aber mit den Hakenkreuzlern, die doch nicht nur eine "sozialistische", sondern auch gleich noch eine "Arbeiter"-Partei sein wollen? Sehen wir zu, aus welchen Berufen ihre Reichstagsabgeordneten kommen! Unter den 107 Mitgliedern der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion gibt es nach den eigenen Angaben im Reichstagshandbuch ganze 14 ehemalige Arbeiter und Angestellte. Sowohl der Zahl nach wie auch im Verhältnis zu den Vertretern anderer Klassen steht also diese Arbeiterpartei weit ungünstiger da als selbst das Zentrum. Und wir wissen, dass das Zentrum keine einseitige Arbeiterpartei sein will, sondern stets betont, dass es alle Klassen der Bevölkerung vertritt. 12 nationalsozialistische Abgeordnete gehören landwirtschaftlichen Berufen an, einer ist sogar Grossgrundbesitzer. An Lehrern zählt sie 15, an Beamten 16; bei beiden handelt es sich um Vertreter höherer Stellungen. Dazu kommen 10 Kaufleute, 6 Juristen, 7 Handwerksmeister, 1 Fabrikant, 2 Gauleiter, 1 Pfarrer und 12 freie Berufe. Am stärksten ist der Anteil des früheren aktiven Offizierskorps; 1 Generalleutnant, 1 Oberst, 1 Oberstleutnant, 1 Major, 4 Hauptleute und 1 Leutnant a.D. haben es zu Reichstagsabgeordneten der Nationalsozialistischen "Arbeiter"partei gebracht. Bemerkenswert ist es, dass ein sehr erheblicher Teil der Nationalsozialistischen Abgeordneten an Putschorganisationen beteiligt war.

Was haben die Arbeiter zu erwarten?

Es ist also dem Kapital wiederum gelungen, die arbeitenden Klassen in Deutschland ganz erheblich in ihrem politischen Einfluss zu schwächen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Nationalsozialistische "Arbeiter"partei dazu bestimmt ist, einen Schutzwall vor das Besitzbürgertum zu errichten, so hat die von ihrer Fraktion im Reichstag bisher getriebene Politik diesen Beweis erbracht. Es liegen bereits eine Riesenanzahl von Anträgen vor, die die Unterschrift der Nationalsozialisten tragen. Sie alle sind im Interesse der kapitalistischen Kreise geschrieben worden. Es wird der härtesten Arbeit der Sozialdemokratischen Fraktion bedürfen, um in diesem Reichstag für die Arbeiterklasse so viel wie nur irgend möglich herauszuholen. Die Arbeiter selbst aber müssen durch verstärkte Aktivität dafür sorgen, dass sich der grösse politische Diebstahl, der sich am 14. September an ihrer Klasse ereignet hat, nicht noch einmal wiederholt!

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Menschliche Ameisen.

SPD. Das amerikanische Unternehmertum hat ein neues Raffinement in der Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft gefunden. Es verlangt von den Arbeitskräften hundertprozentige Aufmerksamkeit, intensivste Ausnutzung der geistigen und körperlichen Energie. Zu diesem Zweck will man neue Vorrichtungen treffen, die jede Ablenkung der Aufmerksamkeit von der Arbeit verhindern sollen. Das Mittel dazu ist der vollständige Abschluss von der Aussenwelt. Das Tageslicht, ein Blitz von Sonnenlicht, ein von der Strasse hereindringendes Geräusch, die Verführung, durch die Fenster einen Blick auf die Strasse und grüne Bäume zu werfen, alles das muss ausgeschaltet werden. So baut eine Sägenfabrik in Fitchburg ein neues Fabrikgebäude, das keinerlei Fenster, auch keinerlei Oberlichter enthält. Die Luftzuführung erfolgt künstlich. Wände und Decken bestehen aus schalldämpfendem Material. Die Maschinen werden orangerot gestrichen, Wände und Decken blau und grün, die Beleuchtung erfolgt durch Lampen, die ultraviolette Strahlen liefern. Das Unternehmen hofft, die Produktivität auf diese Weise um 33 v.H. zu steigern.

Der älteste Typ der Fabrik im frühkapitalistischen Zeitalter ist bekannt: würfelförmige Kästen mit blinden Scheiben und vergitterten Fenstern. Die Arbeiter sollten sich ausbeuten lassen, sie sollten nicht an Nebendinge denken. Die hypermoderne Fabrik, die das amerikanische Unternehmertum erfunden hat, ist nur eine andere Form des ältesten Typs. Die Arbeitskräfte werden nicht mehr als Menschen mit menschlichen Eigenschaften gewertet, sondern nur noch als Apparate von denen man hundertprozentige Funktion für den Unternehmerprofit fordert.

In den sozialkritischen Schriften von H.G. Wells gibt es eine grausame Satire auf den modernen Kapitalismus. Er schildert ein Reich von mit Vernunft begabten Insekten: Dort werden die Arbeitsinsekten, wenn sie ihre produktive Funktion verrichtet haben, mit Opiaten eingeschlafert, beiseite gerollt und gelagert, bis sie zum Zweck neuer Arbeit wieder geweckt werden. Die amerikanische Fabrik der Zukunft ist auf dem besten Wege, die Arbeitsmenschen zu menschlichen Ameisen zu degradieren!

Die Hakenkreuzschule.

Der Gothaer Oberstudiendirektor Dr. Witzmann, der Vorsitzende der volksparteilichen thüringischen Landtagsfraktion, veröffentlicht in der Thüringer Allgemeinen Zeitung Betrachtungen über die Zustände an den thüringischen Schulen. Seine Darlegungen werfen interessante Schlaglichter darauf, was aus den Schulen der Republik unter dem Einfluss des nationalsozialistischen Ministers Frick geworden ist. Die Verordnung, die den Schülern die Teilnahme an politischen Vereinigungen erleichtert, führt zu einer vollständigen Politisierung der oberen Klassen der höheren Schulen in rechtsradikalem Sinne.

Der Minister Frick bemüht sich nicht nur um die höheren Schulen, er sucht zugleich die Agitation in die Volksschule zu tragen. Er hat unlängst einer Volksschule in Apolda einen Besuch abgestattet und hat dort den Schulkindern eine Ansprache gehalten. Bezeichnend für den Zweck des Besuches ist es, dass einige der Schul Kinder, noch kleine Hemdenmäntel, zur Begrüssung des nationalsozialistischen Ministers in Braunhemden erschienen waren.

Unter dem Einfluss der nationalsozialistischen Propaganda rebellieren

Schüler höherer Schulen dagegen, dass sie im Unterricht mit Goethe und mit Lessing befasst werden. Sie wollen nichts von Goethe hören, weil er ein Freimaurer sei und nichts von Lessing, weil sie in ihm einen Judenfreund sehen! So berichtet Herr Witzmann.

Die "grossen deutschen Dichter" Josef von Lauff und Wildenbruch aus Wilhelms Zeiten oder der Schriftsteller Killinger aus der Zeit Hitlers, der roh und in gemeinster Sprache seine Landsknechtstuden schildert, - das sind die Ideale der Zöglinge der höheren Schulen unter dem Regime Frick!

Das ist der Notschrei eines führenden Koalitionsgenossen der Nationalsozialisten in Thüringen. Unter dem zersetzenden und zerstörenden Einfluss nationalsozialistischer Herrschaft werden in Thüringen die Schulen zu einem Instrument der Verrohung und des kulturellen Rückschritts!

Militärmusik.

Das Reichswehrministerium hat angeordnet, dass eine höchst vernünftige Verfügung des Wehrkreiskommandeurs I. von Bonin, aufgehoben wird. Der Kommandeur hatte den Wunsch ausgesprochen, dass die Reichswehrkapellen bei öffentlichen Konzerten die Märsche "Stolz weht die Flagge schwarz-weiss-rot" und "Fridericus Rex" nicht mehr spielen sollten. Jedermann weiss, dass diese Märsche heute sozusagen Programmlieder des Rechtsradikalismus sind. Der neue Chef der Heeresleitung scheint es mit den Rechtsradikalen nicht verderben zu wollen!

Wenn das Reichswehrministerium sich um so vernünftige Verfügungen kümmert, um sie aufzuheben, so hätte es sein Augenmerk auch in anderer Beziehung auf die Militärmusik richten können! Am 11. November wird vor dem Reichsgericht in Leipzig der Obermusikmeister Adam vom Mindener Artillerie-Regiment Nr. 6 wegen Spionage abgeurteilt werden. Der Obermusikmeister Adam war ein ganz besonders "nationaler" Militärmusiker. Ausgerechnet am 1. Mai liess er die Artillerie-Kapelle mit dem "Fridericus-Rex-Marsch" am Gewerkschaftshaus vorbeimarschieren. In einem öffentlichen Konzert liess er seine Kapelle die "Wacht am Rhein" spielen. Wenige Tage später war er bereits verhaftet - wegen Spionage zugunsten Frankreichs.

Wäre ihm dieser Betriebsunfall nicht passiert, so hätte er bei solcher Einstellung des Reichswehrministeriums ruhig weiter die Reichswehrkapelle zur Provokation der Arbeiterschaft missbrauchen dürfen!

Mörder mit Courths-Mahler-Stil.

Hier sind einige Stilproben aus der Berichterstattung der Hakenkreuzpresse über eine nationalsozialistische Versammlung:

"Launig weiss Reichstagsabgeordneter Heines von seinen Erlebnissen zu berichten... Stahlhart werden dann Stimme und Blick unseres Freundes Heines, als er auf das überaus bemerkenswerte System in Justiz und Reichswehr zu sprechen kommt."

Launig und Stahlhart! Launig erzählt der Fememörder Heines von seinen Erlebnissen, also davon, wie er auf feige und brutale Art und Weise seine Opfer niederknallte. Stahlhart wird er, wenn er auf die staatliche Abwehr gegen nationalsozialistischen Verbrechen zu sprechen kommt!

"Die Stille ist von beängstigender Lautlosigkeit. Gebannt erstarren Tausende. Eiskalt, leise aber deutlich bis ins letzte, spricht Dr. Goebbels. Es ist das Gesicht, das hunderttausend kennen. Aber es ist etwas neues darin. Es ist noch schmaler und blasser geworden. Noch schärfer sind die Linien, noch härter geschlossen die Lippen."

Courths-Mahler hätte das nicht besser gekonnt! Ist dies nun für Mörder oder für Backfische geschrieben?

W. A. Aus s. aller Welt

Das Mikroskop klagt an!

Kann der Chemiker Frau Lutzenberger überführen? - Tausendstel Milligramm Gift bereits erkennbar.

SPD. Irgendwann einmal in unausdenkbarer Vorzeit, bei den Gelüsten eines grausamen Bibel-Königs, der Schreckensherrschaft eines volksfeindlichen Tyrannen oder der Untreue und Eifersucht einer ganz gewöhnlichen Ehehälfte begann jene Serie von Giftmorden, die heute durch Frau Anna Monika Lutzenberger aus Schwabmünchen um einen neuen Fall bereichert wird.

Ohne Unterbrechung, nirgends abgerissen, zieht sich der blutrote Faden durch die Geschichte der Menschheit. Es hat kein Zeitalter gegeben, das den Giftmord nicht als sicheren Ausweg, kaltblütiges Mittel zum Zweck oder Ausgeburt der Verzweiflung kannte.

Der Haken, der die Kette schliesst.

Aber so ewig alt der Giftmord auch ist - erst in den letzten Jahrzehnten oder Jahren hat man Mittel und Wege gefunden, um ihm nachzuspüren und ihn aufzudecken. Gerichtsmedizin und Gerichtschemie geben heute jener Kette von Beweisen, die sich um den Angeklagten legt, erst den letzten beweiskräftigsten Schluss. Sie sind der Haken, der die Kette schliesst.

Es ist deshalb auch garnicht mehr so ungewöhnlich, wenn es sich bei einem Giftmordprozess um die Erforschung von Vorgängen handelt, die um Jahre zurück liegen. So kamen erst kürzlich im Giftmordprozess gegen den Zahnarzt Guttman Dinge zur Sprache, die sich 1922 zugetragen haben sollen - und so geht es auch diesmal, im Prozess gegen Frau Lutzenberger, um Ereignisse, die bereits vor zwei Jahren spielten. Kann denn - so hört man fragen - eine Vergiftung nach solcher Zeitspanne noch gerichtlich einwandfrei festgestellt werden? Sie kann!

Der moderne Sherlock Holmes.

Der moderne Sherlock Holmes besitzt zwar keine Ballonmütze und keine jener englischen Tabakpfeifen, die er auf den Umschlagbildern gewisser bunter Heften zu rauchen pflegt, Statt dessen besitzt er ein gutes Mikroskop und überhaupt die Instrumente, die in ein chemisches Laboratorium gehören. Mit denen allerdings hat er schon Wunderwerke vollbracht.

Der Ingenieur Nelken, heute einer der tüchtigsten und massgebendsten Sachverständigen, bezeichnet als ersten sozusagen klassischen Vertreter dieser modernen Gerichtschemie den Professor F.L. Sonnenschein. Dieser ausgezeichnete Wissenschaftler war der Mitbegründer chemisch-fachwissenschaftlicher Massnahmen zur Untersuchung von Leichenteilen auf Gifte. Er war es, der das oft undurchdringliche Dunkel verbrecherischer Geschehnisse zum ersten Male mit Reagenzglas und Lupe zu erhellen versuchte. Es ist verblüffend, wenn man heute die einfachen Instrumente sieht, mit denen Sonnenschein, der ja schon im Jahre 1879 gestorben ist, so Hervorragendes leistete. Inzwischen hat die Technik komplizierte Apparate hervorgebracht, die solche Arbeit des gerichtlichen Sachverständigen wesentlich erleichtern.

Das Geheimnis der Wollfaser.

Auch der vor wenigen Jahren verstorbene Dr. Jeserich ist auf diesem Gebiet zu einer internationalen Berühmtheit gelangt. Hier statt vieler Worte ein Beispiel, das für die ganze Arbeitsweise Jeserichs höchst bezeichnend ist. (Zitiert nach Nelken) Vor etwa einem Jahrzehnt wurde in der Nähe Berlins ein Drahtseilattentat auf einen Autofahrer verübt, dem das Seil buchstäblich den Kopf abriss. Dr. Jeserich erhielt den Auftrag, das Drahtseil zu untersuchen. Er entdeckte schliesslich an ihm eine kleine grüne Wollfaser - sonst nichts. Aber aus dem Vorhandensein dieser winzigen Faser zog er den Schluss, dass der Täter einen grünen Sweater angehabt haben müsste. Kurze Zeit darauf gelang es der Polizei tatsächlich, einen Mann aufzugreifen, der ein derartiges Kleidungsstück trug. Der Vergleich der am Drahtseil gefundenen Wollfaser mit der Wolle des Sweaters ergab eine vollständige Uebereinstimmung des Materials, die so überzeugend wirkte, dass der Täter sein Leugnen aufgab und ein volles Geständnis ablegte.

Die Hand einer Frau.

In einem anderen Falle wurde an Jeserich die Hand einer Frau geschickt, die im Norden Berlins ermordet aufgefunden wurde. Bei der mikroskopischen Untersuchung der Fingernagelschmutzes fand der geniale Chemiker zahlreiche winzig kurz geschnittene Härchen ganz verschiedener Herkunft, und daraus folgerte er, dass der Mord in einem Friseurladen geschehen und dass die Ermordete dort beschäftigt gewesen sein müsste. Diesen "Fingerzeig", im wahrsten Sinne des Wortes, machte sich die Polizei zur Grundlage ihrer Nachforschungen. Diese führten schon nach wenigen Tagen zur Ermittlung der Mörderin, die auch sogleich geständig war.

Etwas Blei nach sieben Jahren.

Aber auch bei anderen Todesarten kann die Tatsache eines Mordes noch nach einer ganzen Reihe von Jahren festgestellt werden. Medizinalrat Dr. Dyrenfurth, der bekannte Berliner Gerichtsarzt, erzählt einen solchen Fall, der erst nach siebenjähriger Grabesruhe zur Obduktion kam. Die Leiche des Betreffenden war seinerzeit zur Bestattung freigegeben worden, weil angeblich der Tod durch einen unglücklichen Sturz von der Leiter eingetreten war. Tatsächlich aber war er durch seinen Stiefsohn und dessen Freund anscheinend im Affekt erschossen worden, als er auf der Leiter stand. Wie so oft in derartigen Fällen, wurde die Anzeige von einem mitwissenden Familienmitglied infolge späterer familiärer Zwistigkeiten erstattet. Als nun die Obduktion erfolgte, gelang es Dyrenfurth durch Anwendung ganz besonderer Massnahmen das Geschoss noch in den Skelettrümmern aufzufinden und eine Schädelverletzung festzustellen, die sogar noch einen ganz leicht blaugrauen Saum aufwies. Bei näherer Untersuchung erwies sich dieser Saum als bleihaltig: er war durch das Anstreifen des Geschosses entstanden! Nunmehr konnte der Hergang der Tat ziemlich genau rekonstruiert werden. Und er wurde durch die Gerichtsverhandlung so lückenlos bestätigt, dass beide Täter verurteilt werden mussten.

0,15 Milligramm Strichnin beim Grasfrosch.

Zum Fall des Arsenmordes angeklagten Frau Lutzenburger, der augenblicklich in Augsburg verhandelt wird, ist auf die wichtige Tatsache hinzuweisen, dass es bereits möglich ist, Arsenik in Mengen von 25/100 000 Milligramm mit Bestimmtheit nachzuweisen. Selbst Strichnin ist schon in einer Menge von unter einem Milligramm feststellbar. Nach Versuchen von Dr. Rudolf Jeserich jr. wirken 0,15 Milligramm Strichnin bei einem Grasfrosch sechs stundenlang lähmend und verursachen bei ihm heftige Strichninkrämpfe.

Arsen spielt unter den Giften, mit denen Morde ausgeführt werden, die grösste Rolle. Es ist geruch- und geschmacklos, von unauffälliger Farbe und kann daher selbst dem geistesgegenwärtigsten Menschen am leichtesten beigebracht werden. Dazu kommt, dass die starke Giftigkeit des Arsenik im Volke allgemein bekannt ist. Die ärztliche Literatur lehrt tatsächlich, dass Vergiftungen durch arsenige Säure nicht selten unerkannt bleiben und selbst dann, wenn sie tödlich

verlaufen, nicht rechtzeitig erkannt werden. Genau wie im Falle Lutzenberger ist es meistens so, dass erst Jahre später durch irgendetwas verdächtigen Umstände am natürlichen Tod des Verstorbenen gezweifelt und nunmehr erst eine Obduktion angeordnet wird. Die Möglichkeit, durch chemische Untersuchungen Arsen in Leichenresten aufzufinden, gleicht gerechterweise die Tatsache, dass der praktizierende Arzt beim Tode die Vergiftung übersehen kann, wieder aus.

Mord und - Masern.

Bezeichnend dafür ist ein Wiener Fall, in dem ein Mann seine Gattin mit Arsenik vergiftete, um eine Hausangestellte zu heiraten. Der Arzt, den die Vergiftete herbeirief, behandelte die Frau mehrere Tage, ohne den Sachverhalt zu erkennen oder auch nur Verdacht zu schöpfen. Die zwei Kinder des Ehepaares, die ebenfalls von dem vergifteten Fleischgericht gegessen hatten, erkrankten daraufhin an einem fleckigen Ausschlag, und der Arzt hielt es für - Masern! Erst nach dem Tode der Frau wurde durch eine sanitätspolizeiliche Obduktion die Tatsache der Arsenikvergiftung festgestellt.

In einem anderen Fall war ein Mann von seiner Ehefrau unter Mitwissen ihres Liebhabers durch Arsenik vergiftet worden, als er aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrte. Der behandelnde Arzt glaubte im Verlauf der Krankheit immer nur an ein Rückenmarksleiden. Der Mann starb nach mehrwöchigem Krankenlager. Als dann später die Frau den jungen Burschen heiratete und verschiedene Anzeichen auf den wahren Sachverhalt hindeuteten, wurde die Leiche exhumiert. Obwohl viele Monate inzwischen vergangen waren, waren immer noch so grosse Mengen von Arsenik zu finden, dass die Anklage erhoben werden konnte.

+ + +

Ein Attentat auf die Bergleute!

Irreführung bei der Untersuchung über die Ursache der Grubenexplosion auf Grube Maybach - Eine Erklärung der Zentrale des Bergbauindustriearbeiterverbandes "zur Warnung für Leichtgläubige."

SPD. Bochum, 6. Nov. (Eig. Drahtber.)

Zu der Untersuchung über die Ursachen der Grubenexplosion auf Grube Maybach teilt die Zentrale des Bergbauindustriearbeiterverbandes in Bochum "zur Warnung für Leichtgläubige" folgendes mit:

"Am 31. Oktober verbreitete ein Saarbrücker Korrespondenzbüro eine Pressemitteilung, die ihm wahrscheinlich vom Oberbergamt inspiriert worden ist. U.a. wird gesagt, dass die Untersuchung über das Maybacher Unglück abgeschlossen sei und dass in Übereinstimmung mit dem Oberbergamt und den Organisationsvertretern bisher nicht das geringste festgestellt werden konnte, das gegen irgend eine Vorschrift der Bergpolizei verstossen hätte. Diese Nachricht ist falsch. Eine solche Feststellung wurde mit Organisationsvertretern nicht gemacht. Das gleiche Korrespondenzbüro erliess am 4. November in der "Frankfurter Zeitung" eine Mitteilung aus Quierschied, worin u.a. gesagt wird, dass bei den Instandsetzungsarbeiten in einem schlagwetterreichen Ausbau eine Benzinsicherheitslampe in unversehrtem Zustande gefunden wurde. Dagegen sei die Schutzkappe über dem Drahtsieb abgeschraubt gewesen und konnte nicht gefunden werden. An dem Sieb sollen sich deutliche Zeichen vorfinden, die dafür sprechen, dass sich die Schlagwetter an den Körben, die glühend gewesen sein müssen, entzündet hätten.

Wir bemerken hierzu: Diese Lampe wurde nicht bei den Aufräumungsarbeiten gefunden, sondern schon am 28. Oktober, also wenige Tage nach der Explosion, durch den stellvertretenden Berghauptmann. Eine Woche lang hat man über diesen Fund geschwiegen, und auch wir haben darüber nichts gesagt, weil wir hören wollten, was man mit diesem Fund eigentlich anfangen will. Das lange Hinauszögern der Bekanntmachung lässt darauf schliessen, dass die französische Grubenverwaltung mit dem Bergbehörden sehr unsicher sind. Man gewinnt allgemein den Eindruck, als wollte man von einem Zustand ablenken, der geradezu ein Attentat auf die

Sicherheit im Bergbaubetrieb ist. Dieser Zustand befand sich im nördlichen Querschlag kurz vor der Abzweigung zum Unglücksrevier. Dort standen die Schlagwetter so dicht, dass die Benzinlampen der Leute, die dort durchgehen mussten, erloschen. Die Gefahr erkennend, hatte die Grubenverwaltung dort einen ständigen Posten hingestellt. In den letzten Tagen vor dem Unglück wurde sogar das Passieren dieser Stelle den Bergleuten verboten. Diese Tatsache lässt eigenartige Schlussfolgerungen zu auf die Handhabung der Grubensicherheit. Dieser Zustand war nicht nur ein Verstoss gegen die Bergpolizei-Verordnungen, sondern gegen jegliche Vernunft und allen Verstand."

+ + +
25 000 Mark für Herrn von Mirbach?

Die Berufungsverhandlung des Freiherrn, der auf den Minister'sch.... - Neue Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht - Eine grundsätzliche Entscheidung steht bevor.

SPD. Vor dem Landesarbeitsgericht zu Berlin erscheint ein Herr mit sehr gepflegten aristokratischen Manieren, um einen Anspruch von 80 000 Mark einzuklagen, den er angeblich von seiner Firma zu fordern hat. Dieser Kläger ist kein gewöhnlicher Sterblicher, sondern ein höchst exklusiver Gentleman aus sozusagen feinsten Kreisen. Es ist der absolut deutsch-völkisch eingestellte Freiherr von Mirbach, der bei dem "Verein für Hindernisrennen" als Sekretär angestellt war.

+
Herr von Mirbach klagte in der Berufungsverhandlung. Dieser Gentleman, der heute so tut, als ob man ihm die Kultur zentimeterweise über den Mund gestrichen hätte, hat sich seinerzeit eine empörend unflätige Bemerkung gegen den preussischen Landwirtschaftsminister und den von ihm gestifteten "Preis der Republik" erlaubt.

Er meinte, als er in seinem Vereinsblättchen eine Anzeige über den "Preis der Republik" veröffentlichen sollte, dass er nicht im geringsten daran dachte einen so politischen Text drucken zu lassen und dass er im übrigen auf den Minister, der den Preis gestiftet hatte, sch....

+
Trotzdem die sicherlich ebenso reaktionären Herren vom Vorstand des "Vereins für Hindernisrennen" ihren prachtvollen Sekretär gern gehalten hätten, mussten sie ihn schweren Herzens fristlos entlassen, da der Verein von den Unterstützungen des preussischen Landwirtschaftsministeriums lebt und der Minister mit vollstem Recht auf fristlose Entlassung dieses einzigartigen Sekretärs bestanden hatte.

+
Das Arbeitsgericht wies am 25. August dieses Jahres die Wiedereinstellungsklage des Freiherrn von Mirbach gegen den Verein für Hindernisrennen kostenpflichtig ab. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt: wer in gehobener verantwortlicher Stellung seinen Arbeitgeber durch eine derartige Ministerbeleidigung blosstellt, kann selbstverständlich fristlos entlassen werden. Und diese fristlose Entlassung, so urteilte das Arbeitsgericht, bestünde auch dann zu Recht, wenn der "Sekretär des Vereins für Hindernisrennen", der sich so weit vergisst, im Besitz eines fünfjährigen Vertrages von über 20 000 Mark Jahresgehalt ist.

+
In der Berufungsverhandlung machte der Vorsitzende einen Vergleichsvorschlag, den man als geradezu grotesk bezeichnen muss: die beiden Parteien sollten sich auf der Basis von 25 000 Mark als Abfindungssumme einigen. Beide Parteien behielten sich ihre Entscheidung auf zehn Tage vor. Es würde sehr befremden, wenn sich das Preussische Landwirtschaftsministerium auf den seltsamen Vergleich einliesse.

Wenn die Herren vom Verein für Hindernisrennen, die so viel Geld keinesfalls aus ihren Totalisatoreinnahmen abzwängen können, sich mit dem Gedanken tragen, die schmählichen Schimpfworte eines adligen Herrn ohne Manieren noch mit 25 000 Mark zu belohnen, so muss der Staat, der angesichts der finanziellen Lage des Vereins wahrscheinlich hier doch auf irgendeine Weise direkt oder indirekt der Zahlende wäre, daraus die Konsequenzen ziehen: er muss "Nein" sagen. Denn so gut geht es uns ja wirklich nicht, dass wir den entfesselten Teutonen der Hitlerfakultät dafür noch eine Belohnung zuschanzen, dass sie die Republik und ihre Vertreter in der woderlichsten Weise bespeien.

+ + +

Katastrophe bei Einweihung. In einer alpinen Ortschaft in der Nähe von Genua in Lumarzo, ereignete sich bei einer Einweihungsfeier ein schweres Unglück. Eine Tribüne mit 250 Personen, unter der weitere Hunderte von Menschen Aufstellung genommen hatten, stürzte ein. Mehr als 60 Personen, darunter viele Kinder, erlitten Verletzungen, manche recht schwere und lebensgefährliche. Auch der Bürgermeister des Ortes, der zu den Einweihungsfeierlichkeiten gekommen war, ist unter den Verletzten.

+ + +

Geschäfts драма der Zeit. Das im Jahre 1827 in Frankfurt a. Main gegründete Café Bauer, in dessen Inneres von grossen Wandgemälden Hans Thomas geschmückt wird, hat plötzlich aus finanziellen Schwierigkeiten schliessen müssen. Durch den Zusammenbruch der Frankfurter Spar- und Kreditbank wurde der Pächter stark geschädigt, da die Kredite, die er bei der Bank hatte, gekündigt wurden. Wie man hört, soll eine Brauereifirma die Pacht übernommen haben.

+ + +

Ehedrama eines Kochs. Der Koch Karl Kanapia, der in Trier beschäftigt ist, suchte am Donnerstag vormittag in Castrop-Rauxel seine von ihm getrennt lebende Frau, die bei Verwandten wohnt, auf, angeblich um sich mit ihr zu versöhnen, da die Frau die Scheidungsklage angestrengt hatte. Als die Frau ihn jedoch abwies, zog er eine Pistole und tötete sie durch mehrere Schüsse in den Kopf. Darauf richtete er die Waffe gegen sich selbst und verletzte sich so schwer, dass er im Krankenhaus starb.

+ + +

Mordversuch bei Autoreise? In das Marien-Krankenhaus in Frankfurt bracht am Mittwoch ein Chauffeur mit seinem Auto ein schwer verletztes junges Mädchen und gab an, dass die Verletzte seine bei einem Autounfall verunglückte Braut sei. Die ärztliche Untersuchung ergab aber, dass das Mädchen schwere Schläge mit einem Hammer auf den Hinterkopf erhalten und dadurch eine Gehirnerschütterung und gefährliche Kopfwunden davongetragen hatte. Das junge Mädchen behauptete, dass sie von ihrem Freund, dem Chauffeur, der sie zu einer Autofahrt eingeladen hatte, unterwegs ohne Anlass so schwer geschlagen worden sei. Der Chauffeur hatte, nachdem er das Mädchen ins Krankenhaus gefahren hatte, seinen Wagen untergestellt und ist seitdem verschwunden.

+ + +

Abenteuerliches Leben eines Giftmörders. Vom Schwurgericht Aschaffenburg wurde der 33jährige Knecht Otto Schwab aus Bischbrunn im Spessart zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Schwab war ein Adoptivkind des Landwirtsehepaares Hartmann in Roden. Nach dem Tode des Ehegatten überschrieb Frau Hartmann dem Knecht Schwab 15 Morgen ihres Grundbesitzes. Der Knecht hatte aber den Ehrgeiz, in den vollständigen Besitz der Häuser und der Güter zu kommen. Er versuchte es zunächst mit einer Heirat. Da dieser Plan aber scheiterte, beschloss er die ganze Familie mit Brechweinstein zu vernichten. Als die Familie plötzlich erkrankte, konnte die Ursache zunächst nicht festgestellt werden, bis die Schwester der Frau Hartmann eines Tages Verdacht schöpfte. Während der Knecht auf dem Felde arbeitete, durchsuchte sie seine Kleider und fand darin auch tatsächlich ein Päckchen mit Gift. Sie liess einige Speisereste zur Untersuchung nach Würzburg schicken. Dort stellte man fest, dass in den Resten Brechweinstein ent-

halten war, jenes Gift, das also der Knecht bei sich hatte, Merkwürdigerweise wurde er nicht der Polizei übergeben, sondern nach dem Ausland abgeschoben. Er trieb sich mehrere Jahre in der Türkei und in Bulgarien herum, bis er in Wien verhaftet werden konnte.

+ + +

Um die Schuld der Anna Lutzenberger.

Schwabmünchen fiebert vor Neugierde - Bedrohte Joseph die Mutter? Er traut ihr die Morde zu - Der Freitodversuch der Angeklagten - War der Stiefvater ständiger Arsenikesser?

SPD. München, 6. Nov. (Fig. Drahtber.)

Am zweiten Verhandlungstag des Augsburger Giftmordprozesses war der Andrang des Publikums derart stark, dass die Polizei das Landgerichtsgebäude mit dem Gummiknüppel räumte. Von dem Städtchen Schwabmünchen, wo die Angeklagte Lutzenberger her stammt, fährt jeweils ein eigenes Fremdenauto die neugierigen Kleinstädter nach Augsburg. - Von den 37 geladenen Zeugen erwartete man die Vernehmung der erwachsenen Kinder der Angeklagten mit besonderer Spannung. Soweit man aus den Zeugenaussagen erfuhr, war das Verhältnis zwischen der Angeklagten und ihren Söhnen nicht erfreulich. Es gab viel Streitigkeiten in der Familie, und der älteste Sohn Josef, ein 24jähriger Melker, soll seine Mutter sogar mit dem Revolver bedroht haben.

Ein Jäger, der in der Familie verkehrt hat, hält die Frau für unschuldig. Bezüglich der Milchvergiftung bei den Eheleuten Schrott hält dieser Zeuge eher den Sohn als die Mutter der Tat für fähig. Andererseits sind viele Schwabmüchener von der Schuld der Angeklagten überzeugt. Die Lutzenberger hatte auch ihren ältesten Sohn der Tat verdächtigt. Bei der Vernehmung bestritt sie diese Verdächtigung wieder. - Von den vier Kindern war der Sohn Josef der einzige, der sich vernehmen liess. Die anderen machten von ihrem Zeugnisverweigerungsrechte Gebrauch. Josef traut seiner Mutter die Mordanschläge zu. Er wollte von ihr die ihm testamentarisch zugesprochenen 2 500 Mark haben, die Mutter verweigerte sie ihm aber. Dies und manches andere war die Ursache der Streitigkeiten. Der Sohn erzählt nun die drei Vergiftungserscheinungen. Zuerst handelte es sich um die Szene beim Essen der Einlaufsuppe, die von der Angeklagten in Josephs Teller ausgeschöpft war. Während Mutter und Bruder nichts spürten, hat sich Joseph erbrechen müssen. Kurze Zeit darauf gab es wieder Einlaufsuppe, und das Erbrechen war in der Folge so stark, dass die Angeklagte am nächsten Morgen selbst den Arzt holte. Am Ostersonntag 1929 erkrankte neben Joseph auch noch ein Bruder und die Schwester. Da trank man Milchkaffee und ass Kuchen dazu; alle mussten sich erbrechen. Aber dieser Tag brachte noch ein anderes Ereignis. Man fand die Angeklagte in einem Zimmer, das sie abgesperrt hatte, an einem Strick hängen. Auf dem Tisch eines anderen Zimmers lag ein an die Tochter gerichteter Zettel, auf dem geschrieben stand: "Der Sepp ist an allem schuld".

Sensationeller wirkte eine Postkarte an den Verteidiger, auf der ein Unbekannter eine in Augsburg lebende Frau als wichtige Zeugin benannte. Diese Frau deren Firmpatin die Angeklagte ist, soll folgendes erzählt haben: ihr jüngst verstorbener Vater hatte, als er von der Wiederausgrabung der Leiche des Stiefvaters der Angeklagten erfahren hatte, in Bezug auf den Stiefvater geäußert: er habe immer schon Arsenik gegessen, er sei seit langem schon Arseniker gewesen. Der Mann war mit dem Verstorbenen gut bekannt. - Der als Zeuge vernommene Arzt aus Schwabmünchen, der den alten Stiefvater behandelt hat, weiss von der merkwürdigen Sitte des Alten nichts. Er gab allerdings zu, dass man ständigen Arsenikessern ihre Sitte nicht immer anmerkt. Der Frau Lutzenberger stellte der Arzt das denkbar schlechteste Zeugnis aus.



Adventsstürme.

SPD. Ein unruhiger Herbst. Ueberall Katastrophen: Grubenunglücke und Ueberschwemmungen, als ob die Welt aus den Angeln geraten wäre. Unruhig wie die Natur sind die Völker. Die Weltseuche Arbeitslosigkeit hat sie heimgesucht. Ueberall zeigen sich die Folgen der schweren Erschütterung des Wirtschaftsgefüges. In Amerika haben soeben Arbeitslosenwahlen eine Umbildung der politischen Kräftegruppierung hervorgerufen und den Republikanern unter der Führung Hoovers eine schwere Niederlage gebracht. In England stehen ebenfalls Arbeitslosenwahlen vor der Tür. In Oesterreich ist man bereits mitten in einem erbitterten Arbeitslosenwahlkampf, von dessen Ausgang es abhängt, ob Drüben der Faschismus seine Herrschaft etabliert oder nicht. Auch in das saturierte Frankreich wirft die durch ganz Europa gehende allgemeine politische und wirtschaftliche Unruhe ihre Wellen. Dort zweifeln jetzt allmählich auch Leute, die den Versailler Vertrag für einen Ewigkeitswert gehalten haben, an seiner Beständigkeit und Dauer. Sie fangen an, darüber nachzudenken, ob nicht vielleicht auch dieser Vertrag an der Zerrüttung der Wirtschaft und der tiefen Beunruhigung Europas ein gerüttelt Mass von Schuld trägt.

In den Volksmassen gärt es. Die Verzweiflungsstimmung in dem Heer der Arbeitslosen wächst von Tag zu Tag. Immer stärker und elementarer wird das Sehnen und Streben der Massen nach geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen jeder strebsame und fleissige Mensch nicht hungernd auf der Strasse liegen muss, sondern durch seiner Hände Arbeit ehrlich und rechtschaffen sein Brot verdienen kann. Die Lobredner und Verteidiger des kapitalistischen Wirtschaftssystems fürchten die in der Tiefe sich sammelnden Schlagwetter. Sie fürchten auch den Glauben der Massen an eine kommende Wende, eine grundstürzende Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, d.h. den Glauben an den sozialistischen Advent. Sie fürchten ganz besonders die Pioniere der sozialistischen Bewegung, die Gewerkschaften. Daher arbeitet die kapitalistische Presse unermüdlich mit dem Versuch, den Massen einzureden, dass ihr Elend nur durch die Politik der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, durch sozialistische Tendenzen in Politik und Wirtschaft, hervorgerufen sei. Das Unternehmertum möchte die Verzweiflungsstimmung der Tiefe gegen die Massen selbst in Bewegung bringen. Die Arbeitslosen sollen als Sturmbock gegen ihre Schützer und Retter, die Gewerkschaften, angesetzt werden.

Hier liegt der tiefere Grund, warum das Unternehmertum trotz der steigenden Not nicht daran denkt, die Vorschläge der Gewerkschaften zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit auch nur ernsthaft zu diskutieren. Seine Stellungnahme durch die Veröffentlichung der Beschlüsse der Arbeitgebervereinigung zur Arbeitslosenfrage und durch die Erklärungen der Wirtschaftsprominenten auf der Tagung der Nordwestgruppe haben erschreckend deutlich gezeigt, dass von dieser Seite keine Hilfe gegen die Arbeitslosennot zu erwarten ist. In der breitesten Öffentlichkeit macht sich bereits eine tiefe Enttäuschung darüber bemerkbar, dass das führende Unternehmertum zur Not der Zeit in dieser Stunde, vor dem Beginn des Winters, nichts anderes zu bieten wusste, als eine Fastenpredigt der Satten für die Hungrigen. Es ist bezeichnend, dass angesichts dieser Haltung der Spitzen der Arbeitgeber in der unternehmerfreundlichen bürgerlichen Presse jetzt der Ruf nach einer grossen Hilfsaktion zur Linderung des

Arbeitslosenelends ertönt. Es wird darauf hingewiesen, dass jetzt ähnlich, wie das einst die Quäker getan hätten, eine Volksbewegung zur Eindämmung der Not organisiert werden müsse, da nach der Ablehnung aller bisher vorgebrachten praktischen Vorschläge zur Linderung der Arbeitslosigkeit durch die Unternehmer, die den Arbeitslosen Steine statt Brot hingeworfen hätten, eine heilsame Kur gegen das Arbeitslosenübel noch lange auf sich warten lasse - soweit eine solche Kur im Rahmen des kapitalistischen Systems überhaupt möglich sei.

Die werktätigen Massen müssen also - das ist nach der Absage der Unternehmer an die Forderungen der Gewerkschaften zur Arbeitslosenfrage ganz klar geworden - schon sich selbst helfen, wenn ihnen geholfen werden soll. Wirksame Selbsthilfe der Massen ist aber nicht Strassenkrawall, nicht Einbruch in die Bäcker- und Metzgerläden, sondern nur organisierter Kampf gegen die Not unter der Führung der Gewerkschaften. Niemals gab es für die arbeitenden Massen einen so elementaren Zwang zum Zusammenschluss und Zusammenhalt unter gewerkschaftlicher Führung wie in diesen Tagen. Es gilt jetzt, mit Wucht und Elan die Regierung zu zwingen, dass sie zunächst einmal das von den Gewerkschaften formulierte und von der Preussenregierung übernommene Arbeitsbeschaffungsprogramm verwirklicht. Mit dem Hinweis der Regierungspresse, dass dieses Programm erst durchgeführt werden könne, wenn die Reichsfinanzen saniert seien, wird nichts an der Tatsache geändert, dass auch jetzt schon die Regierung sehr wohl etwas für Arbeitsbeschaffung tun kann. So könnte sie sehr wohl dafür sorgen, dass man in der Frage der Arbeitszeitverkürzung etwas vorwärts kommt. Die Regierung muss hier unbedingt etwas mehr Initiative entwickeln. Sie braucht da nicht zu warten, bis sie wieder Geld im Portemonnaie hat. Es wäre schon viel gewonnen, wenn endlich einmal wenigstens an einem Punkt etwas Ernsthaftes zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit geschehen würde.

Nicht Programme und meisterhafte Reden, sondern nur Taten können gegenüber der Verzweiflungsstimmung ein Gegengewicht schaffen. Solch ein Gegengewicht erleichtert es, den berufsmässigen Unruhestiftern das Handwerk zu legen, und behütet die Hungrigen, den vielen im Advent auftauchenden falschen Heilanden nachzulaufen und bluttriefende Götzenbilder anzubeten.

SPD. Washington, 6. Nov. (Eig. Drahtber.)

Die Industrieunfälle im Jahre 1929 forderten nach den bundesamtlichen Mitteilungen 23 000 Todesopfer und 3 Millionen Verletzte. Sie verursachten einen Materialschaden von 1 Milliarde Dollar.

SPD. Neumünster, 6. Nov. (Eig. Drahtber.)

Für die schleswig-holsteinische Zementindustrie ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der einen Lohnabbau um durchschnittlich 6 Prozent vorsieht. In der Begründung des Schiedsspruchs betont der Schlichter u.a., dass "die gesamten selbständigen Volksgruppen einen Kampf um ihre Lebensinteressen führen, der an Schwere dem der Arbeiterschaft nicht nachsteht."

Bei einer derartig parteiischen Einstellung zugunsten der Unternehmer braucht man sich über den Schiedsspruch, der von dem Schlichter als billig und tragbar bezeichnet wurde, nicht zu wundern. Die Gewerkschaften werden am Montag zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat eine Verordnung über Zellhorn erlassen. Die Verordnung gilt für alle gewerblichen Betriebe, in denen Zellhorn, Zellhornwaren oder Zellhornabfälle allein oder mit anderen Stoffen be- und verarbeitet, gelagert oder befördert werden. Auch die Bearbeitung von Filmen fällt unter die Verordnung. Ausgenommen sind nur Betriebe, für die bereits besondere Vorschriften bestehen, z.B. Lichtspieltheater. Da alle in Frage kommenden Betriebe restlos erfasst werden sollen, ist für den Unternehmer die Meldepflicht mit Angaben über Betriebsgrösse, Arbeiterzahl und dergl. festgelegt worden. Die sicherheitstechnischen Vorschriften wird ein besonderer Reichsausschuss für Zellhorn, d.h. eine Gemeinschaft von Behörden, Arbeitgebern, Arbeitnehmern ausarbeiten. Sie sollen spätestens in sechs Monaten fertig vorliegen. Jugendliche Arbeiter, die oft die nötige Sorgfalt vermissen lassen, sollen in Betrieben, die Zellhorn be- und verarbeiten, nur insoweit beschäftigt werden, als dadurch keine Gefährdung der Sicherheit der Belegschaft entsteht. Die Verarbeitung von Zellhorn in der Hausarbeit ist durch die Verordnung scharf eingeschränkt worden.

Da bei bei Bränden in Zellhornbetrieben schnellstes Verlassen der Arbeitsräume das Hauptrettungsmittel ist, muss die Belegschaft in regelmässig wiederkehrenden Übungen für ein geordnetes rasches Verlassen der Betriebsräume bei Feuersgefahr geschult werden.

SPD. Tonfilm und mechanische Musikübertragung haben das Arbeitslosenelend unter den Musikern gewaltig vermehrt. Die Forderung der deutschen Musiker nach Einschränkung der Beschäftigung ausländischer Musikkräfte ist daher nur allzu begreiflich. Wie das Landesarbeitsamt Brandenburg mitteilt, ist dieser Forderung insofern Rechnung getragen worden, als künftig vor der Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung für ausländische Musiker das zuständige Landesarbeitsamt gehört werden muss.

Bisher haben vielfach Hotel- und Gastwirtsunternehmungen schon vor der offiziell erteilten Aufenthaltsgenehmigung durch die Polizeibehörde Engagementsverträge abgeschlossen. Sie werden gut tun, von jetzt ab die beabsichtigte Beschäftigung ausländischer Musiker schon vor dem Abschluss der Engagements zu melden. Verspätete Meldungen werden künftig nicht mehr berücksichtigt, so dass die vertragschliessenden Parteien für eventuell entstehende Nachteile selbst aufkommen müssen.

SPD. Die Bestrebungen, die Gehaltskürzung bereits am 1. Januar 1931 eintreten zu lassen, haben in der Beamtenschaft Erregung hervorgerufen. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat in einem Schreiben an den Reichsrat nachdrücklich betont, dass eine Vorverlegung der Gehaltskürzung von April auf Januar von der Beamtenschaft einmütig abgelehnt werde, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil von einer Auswirkung der Preissenkungsaktion im Kleinhandel noch absolut nicht zu bemerken ist.

Nach einer Mitteilung des Deutschen Beamtenbundes soll die Vorverlegung der Gehaltskürzung mit der Neuregelung der Löhne in der Metallindustrie in Zusammenhang stehen. Die Arbeitergewerkschaften hätten bereits seit längerer Zeit den 1. Januar befürwortet, und neuerdings sei das besonders von Seiten der Metallarbeiterverbände wegen des bevorstehenden Schiedsspruchs im Berliner Metallkonflikt geschehen.

Wie wir dazu erfahren, trifft diese Behauptung auf keinen Fall, für den freigewerkschaftlichen Deutschen Metallarbeiterverband zu. Er hat weder direkt noch indirekt eine Vorverlegung der Gehaltskürzung befürwortet.



Durchlöcherung der Wohnungswirtschaft.

Regierung diktiert: Ab 1934 gibt es keine Wohnungsmisere mehr.

SPD. Die Vorschläge des Reichsarbeitsministers und des Reichsjustizministers über Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft sind dem Reichsrat zugeleitet worden. Merkwürdig ist, dass man bis jetzt den Reichswirtschaftsrat nicht um ein Gutachten ersucht hat. Der Reichsjustizminister, der ja den Hausbesitzern sehr nahe steht, scheint hier Komplikationen zu befürchten und geht vernünftigen Einwendungen aus dem Wege. Im übrigen kann man, so drastisch es auch klingt, den Inhalt der Vorschläge über Abbau der Wohnungszwangswirtschaft dahin kennzeichnen: Die Regierung bestimmt, dass es ab 1. April 1934 bzw. 1936 keinen Wohnungsmangel mehr gibt. Natürlich auf dem Papier. In Wirklichkeit wird Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt bis dahin nicht ausgeglichen sein. Die Folge ist, dass der Mieter der Preisdiktatur der Hausbesitzer ausgeliefert wird. Das ist auch ein Beitrag zum Kapitel Preissenkung.

Nach den dem Reichsrat vorliegenden Vorschlägen tritt das Wohnungsmangelgesetz am 1. April 1934 ausser Kraft. Das Reichsmietengesetz und das Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter hören am 1. April 1936 auf.

Hinsichtlich des Reichsmietengesetzes, des Mieterschutzes und der Mieteinigungsämter macht die Vorlage eine Einwendung und zwar dahin, dass bis zum 1. April 1936 "dem allgemeinen bürgerlichen Mietrecht die unter sozialen Gesichtspunkten berechtigten Ansprüche der Mieter" eingefügt werden. Damit wird die Aufhebung des Mieterschutzes usw. mit der Schaffung eines sozialen Mietrechts verknüpft. Was man darunter zu verstehen hat, ist schliesslich eine politische Machtfrage und hängt zuguterletzt von der Zusammensetzung des Reichstages und der Reichsregierung ab. Immerhin wird die Regierung ja schon in nächster Zeit Farbe bekennen müssen, was sie ihrerseits darunter versteht und verstanden haben will. Der Reichsbund Deutscher Mieter wird nämlich seine Auffassung über soziales Mietrecht demnächst in einer grösseren Denkschrift der Öffentlichkeit unterbreiten und die Regierung wird wohl dazu Stellung nehmen müssen.

Des anderen enthalten die Vorschläge ganz bedenkliche Bestimmungen. Das gilt für die Berufung auf die gesetzliche Miete. Hier liegen die Dinge so, dass die Vermieter bei Abschluss des Mietkontrakts ihre Machtstellung ausnutzen, um eine höhere Miete herauszuschlagen. Das tritt gewöhnlich ein, wenn zwei Parteien tauschen wollen. Der Vermieter macht dann Schwierigkeiten. Man könnte ihm mit Hilfe des Wohnungsamtes entgegenreten. In den meisten Fällen scheut man aber Auseinandersetzungen und steht um des lieben Friedens willen dem Vermieter die höhere Miete zu. Hier ist nach dem geltenden Gesetz eine Berufung auf die gesetzliche Miete zulässig. Diese Bestimmung hat den Zorn der Hausbesitzer schon seit langem erregt. Die Vorlage kommt hier den Vermietern im bedenklichsten Masse entgegen. Nach ihr soll die Berufung auf die gesetzliche Miete nicht mehr statthaft sein, wenn der Mieter dem Vermieter ein günstigeres Angebot gemacht hat als ein anderer Bewerber und wenn der Vermieter eine der Mieterhöhung entsprechende Leistung übernommen hat. Die Berufung auf die gesetzliche Miete soll auch aufhören, wenn seit dem Bestehen der Mietzeit ein Jahr vergangen ist. Sofern der Mieter aber in wirtschaftliche Not gerät, soll

die Berufung auf die gesetzliche Miete wieder möglich sein. Das ist eine vernünftige Bestimmung. Sie wird aber durch eine weitere Bestimmung durchkreuzt, wonach im Zusammenhang mit der Berufung auf die gesetzliche Miete die "Änderung des Mietzinses auch bei Berücksichtigung der Verhältnisse des Vermieters nicht als unbillig bezeichnet" werden kann. Das ist ein beispielloser Kautschuk. Mit einer solchen Bestimmung kann man wohl in 99 von 100 Fällen die Berufung auf die gesetzliche Miete ausschalten. In der Praxis wird also die Berufung auf die gesetzliche Miete gestrichen.

Die Vorschriften des Reichsmietengesetzes und des Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter sollen nach der Vorlage nicht mehr für Mietverträge gelten, die über freigewordene oder freiwerdende Räume neu abgeschlossen werden, soweit diese beim Vertragsabschluss einer Inanspruchnahme auf Grund des Wohnungsmangelgesetzes nicht unterliegen. Die Bestimmungen gelten nicht, wenn im Falle eines Tausches die Mieter in die beiderseitigen Mietverträge eintreten. Auf Deutsch heisst das: Die grossen Wohnungen und auch die kleinen Wohnungen in solchen Orten, in denen das Wohnungsmangelgesetz nicht mehr gilt, - in Preussen ist das bei Gemeinden mit unter 15 000 Einwohnern, der Fall - fallen nicht mehr über die Höchstmiete und unter den Mieterschutz. Die ungünstigen wohnungswirtschaftlichen Wirkungen einer solchen Regelung liegen auf der Hand. Einmal schafft diese Regelung Mieter zweierlei Rechts. Des anderen wird die Freizügigkeit noch mehr gehemmt. Es ist erklärlich, dass niemand seine geschützte Wohnung aufgibt und dafür eine ungeschützte Wohnung nimmt. Die Bestimmungen schaffen nur weitere Unsicherheiten auf dem Wohnungsmarkt. Jedes Land kann auch je nach der politischen Zusammensetzung seiner Regierung weitere Wohnungen aus dem Wohnungsmangelgesetz herausnehmen.

Bestehen bleibt der § 52 c des Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter. Der Paragraph bezieht sich auf den Schutz für bereits freigegebene Räume.

Es ist selbstverständlich, dass man sich über diese Vorschläge im Reichstag und in den Reichstagsausschüssen noch ganz eingehend unterhalten wird. So wie das Gesetz jetzt aussieht, bedeutet es die Diktatur der Hausbesitzer gegenüber dem wirtschaftlich schwächeren Mieter. Man merkt allzusehr, dass der Reichsjustizminister Dr. Bredt, der Vertrauensmann der Wirtschaftspartei in der Reichsregierung, an dem Zustandekommen der Vorlage massgebend beteiligt ist.

SPD. In der Zeit vom 6. bis 9. November veranstaltet die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft in Berlin eine Orchideenausstellung. Es dürfte wenig bekannt sein, dass die Orchidee ein Handelsartikel ist, für den man je nach Aussehen und Sorte pro Stück 5 bis 20 Mark erzielt. Es werden auch Ausnahmepreise gezahlt. So ist kürzlich ein Fall bekannt geworden, wo für ein besonders schönes Exemplar 300 englische Pfund - 6 000 Mark auf den Tisch gelegt wurden. Der Raubbau, der mit der Orchidee im Heimatland dieser Blume getrieben wird, hat die Wissenschaft neue Wege der Orchideenzüchtung finden lassen. Heute werden Hunderttausende von Orchideen fern vom Heimatboden in Neubabelsberg bei Berlin und Coswig bei Dresden gezüchtet und in alle Welt versandt. Durch Kreuzungen sind neue Spielarten von beträchtlichem Liebhaberwert entstanden.

Auf welche eigenartige Weise man heute Orchideen züchtet, kann man auf der Berliner Ausstellung sehen. Nichts ist von der guten alten Gärtnerei geblieben, nicht einmal die obligatorische Giesskanne und Harke. Dafür aber sieht man Mikroskope, Brutschränke, Tuben, Retorten und wie sonst noch all die blitzenden Glasgefässe heissen, die man wohl im Laboratorium eines Chemikers, nicht aber in einer Orchideenzüchtereierwartet. Die früher angewandte Züchtungsmethode, ältere Pflanzen zu teilen, wird nur noch wenig angewandt, seitdem Professor Burgeff den mit der Orchidee in Lebensgemeinschaft lebenden "Wurzelpilz", ohne den die Orchidee nicht gedeihen wollte, besonders isolierte

und in Reinkultur züchtete. Mit Mikroskop und steril gemachten Nadeln, also genau wie in einem bakteriologischen Laboratorium, wurde der Pilz auf ebenfalls steril gemachte Mossböden verpflanzt. Dieses "Pilzmoos" war lange Zeit hindurch ein immerhin recht brauchbarer Nährboden für die Orchideensamen. Aber nicht immer glückte die Aufzucht; denn neben den so erwünschten Wurzelpilz wucherten noch unerwünschte Pilze und machten alle Hoffnungen der Züchter zu nichts.

Erst durch die Arbeiten von Knudson und Professor Michaelis wurden diese hier bestehenden Gefahren dadurch ausgeschaltet, dass man die unglaublich kleinen Orchideensamen, man kann sie nur unter einem Mikroskop erkennen, in ein sorgfältig keimfrei gemachtes Glasgefäß einbrachte, das eine bullionartig aussehende Nährflüssigkeit enthielt. Trotzdem der bisher bei der Aufzucht von Orchideen als unentbehrlich angesehene, so geheimnisvolle Wurzelpilz nicht vorhanden war, lernte die Orchidee sich selbst zu ernähren. Die mit dieser Methode erzielten Resultate waren gegenüber der Burgreffschen Methode verblüffend. Aus jedem richtig eingebrachten Samen spross nach einiger Zeit ein Keim und nach etwa einem Jahr konnte man die schönen dunkelgrünen jungen Pflanzen einzeln pikieren. Dazu kommt noch etwas ganz eigenartiges: die sonst so verderbenbringenden Schimmelpilze, die früher die Samenkulturen sehr stark schädigten, bequerten sich dazu zahm zu werden und helfen den jungen Pflanzen fleissig, wenn auch nicht ganz uneigennützig bei der Ernährung. Neuerdings impft man sogar, wenn die Keimlinge eine gewisse Grösse erreicht haben, künstlich solche Schimmelpilze in die Glasgefässe ein. Aber auch diese "Hilfspilze" werden bald verschwinden, denn ein Herr Clemens hat herausgefunden, dass man sie recht gut entbehren kann, wenn man die Nährflüssigkeit auf ein geheimnisvolles "Ph" abstimmt. Hinter diesem "Ph" verbirgt sich eine ganz hochwissenschaftliche Angelegenheit, hinter der sich der Säure- oder der Alkaliengehalt der Lösung und die Wasserstoffionenkonzentration steht. All diese Dinge werden mit elektrischen Messinstrumenten, die man eigentlich nur bei einem Physiker und nicht bei einem Blumenzüchter vermutet, gemessen und abgeglichen; denn die Orchidee ist eine vornehme Pflanze und wenn sie nicht das ihr zusagende erhält dann streikt sie eben.

SPD. Im Reichsernährungsministerium haben am Donnerstag weitere Verhandlungen über eine Fleischpreissenkung stattgefunden. Zu Ergebnissen ist man aber, wie zu erwarten war, nicht gekommen.

Allem Anschein nach sind die Organisationen des Fleischergewerbes gewillt, eine Preissenkung unter allen Umständen abzulehnen. Zu diesem Zweck wird die öffentliche Meinung jetzt stark bearbeitet. Man verweist u. a. darauf, dass z. B. die Schweinepreise in den letzten Tagen angezogen haben, während die Fleischermeister keine Preiserhöhung vornahmen. Dazu ist zu bemerken, dass die gegenwärtige Schweinepreissteigerung auf den Viehmärkten vorübergehender Natur ist. Sie ist eine saisonmässige Erscheinung und tritt alljährlich um diese Zeit ein. Im übrigen ist nach Lage der Dinge damit zu rechnen, dass die Schweinepreise, bis weit in das nächste Jahr hinein, weiter sinken werden. Angesichts der Tatsache, dass die Schweinefleischpreise nur den Sturz der Schweinepreise um etwa die Hälfte mitgemacht haben, muss die Regierung auf Ermässigung gerade der Schweinefleischpreise bestehen.

SPD. Die Vorsitzenden der deutschen Landwirtschaftskammern haben sich in einer Sitzung in Berlin mit dem Regierungsprogramm beschäftigt und eine längere Entschliessung gefasst. Sie unterscheidet sich wenig von dem, was man in diesen Kreisen seit Wochen gehört hat. Dazu werden Forderungen aufgestellt wie Kündigung von Handelsverträgen, Aufgabe der bisherigen Handhabung der Meistbegünstigungsklausel, Verschärfung des Spiritusbeimischungszwanges usw.

Man wird die Entschliessung der Landwirtschaftskammervorsitzenden in der Öffentlichkeit mit der nötigen Ruhe entgegennehmen. Die Überzeugung, dass mit der Schieleschen Agrarpolitik nicht fortgefahren werden kann, ist fast allgemein geworden. Auch in Agrarkreisen ist man zu der Auffassung gekommen, dass die von Schiele betriebene Überspitzung handelspolitischer Massnahmen untauglich ist und unbedingt zum Chaos führen muss.

SPD. Die Preussag, deren Aktien in Händen des preussischen Staates sind, hat nördlich von Oelheim von der Firma Anton Racky A.G. ein grösseres Gelände mit Oelabbaugerechtigkeiten erworben. Das erworbene Gelände wird von den Fachleuten günstig beurteilt; es weist 4 ölfindige Bohrungen auf. Zwei weitere Bohrungen sind im Niederbringen begriffen.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betrage je Liter frei Berlin für die Zeit vom 7. bis 13. November für A-Milch 18 Pfennig für B-Milch 11 Pfennige, für C-Milch 13 Pfennige. Die A-Milchmenge ist für die Zeit vom 7. bis 13. November auf 95% des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch 0,5 Pfennige, b) molkereimässig bearbeitete Milch 1,75 Pfennige je Liter. Dazu tritt Qualitätsbewertung nach Fettgehalt und Sauberkeit entsprechend dem Berliner Abkommen.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 6. November: I. 137 Mark, II. 123 Mark, III. 107 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

SPD. Die Verwaltung der I.G. Farbenindustrie teilt mit, dass das Geschäftsvolumen gegenüber dem Vorjahr nur verhältnismässig geringe Einbussen erlitten hat. Dabei hat der Export eine Rolle gespielt. Der Absatz von Stickstoffdüngemitteln scheint durch die Konkurrenz verschiedener Produktionsländer, die ihre Kapazitäten in den letzten Jahren stärker erhöhten, ungünstig beeinflusst worden zu sein. Nach Abzug aller Bankverpflichtungen verbleiben flüssige Mittel in Höhe von 120 Millionen Mark. Die Verwaltung erwartet für das laufende Geschäftsjahr einen befriedigenden Abschluss. Zu der Festsetzung der Dividende soll erst im Frühjahr nächsten Jahres Stellung genommen werden. Der Aufsichtsrat selbst verzichtet auf 10 % seiner Tantiemen.

Höhere Weizenmehlpreise lassen sich nicht durchsetzen.

(Berliner Getreidebörse vom 6. November)

SPD. Die feste Tendenz hielt an der Berliner Produktenbörse an. An der Lage hat sich nichts geändert. Dem schwachen Angebot steht gute Nachfrage der Mühlen gegenüber, so dass sich der Preis für effektive Ware erneut um ca. 3 Mark befestigen konnte. Auch am Markte der Zeitgeschäfte waren Preissteigerungen ähnlichen Ausmasses festzustellen. Roggen wurde hiervon nur wenig beeinflusst. Angebot war ausreichend vorhanden; es wurden um 1 Mark höhere Preise erzielt. Mehl hatte sehr ruhiges Geschäft. Erhöhte Forderungen für Weizenmehl liessen sich nicht durchsetzen. Für Hafer herrschte bei reichlichem Angebot stetige Tendenz. Gerste hatte weiter stilles Geschäft.

	5. Nov.	6. Nov.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	238 - 239	240 - 241
Roggen	148 - 150	150 - 152
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industrieroggen	165 - 176	165 - 176
Hafer	138 - 148	138 - 148
Weizenmehl	28,00 - 36,75	28,25 - 37,00
Roggenmehl	23,65 - 26,75	23,75 - 26,75
Weizenkleie	7,50 - 8,00	7,50 - 8,00
Roggenkleie	7,00 - 7,50	7,00 - 7,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 261½ (Vortag 258), März 278 - 278½ (275½). Roggen Dezember 171 (170), März 187 - 186½ (Brief 186). Hafer Dezember 153½-154 (153). März 166½-167 (165½).

Amtliche Eiernotierungen.

(6. November.)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-
eier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 Gramm 20, Klasse A 60 gr
19, Kl. B. 53 gr 17, Kl. C. 48 gr 15, frische Eier Kl. B. 14½-15, aussortierte
kleine und Schmutzeier 11. Auslandseier: Dänen 18er 21, Belgier 68 gr 20½,
60-62 gr 19¾, Italiener etc. 57-58 gr 18, Rumänen 12½-13, Ungarn 12½-13, Jugo-
slawen 12½-13, Polen normale 11½-12, kleine, Mittel- Schmutzeier 10½-11. In-
und ausländische Kühlhauseier: Extra grosse 14½-15½, grosse 13½, normale 11 -
11½, kleine 9½-10. Kalkeier: Extra grosse 13, grosse 11-11½, normale 9½-10.
Tendenz abwartend. Deutsche Ware knapp.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab
märkischen Stationen: Weisse 1 - 1,20 Mark, Rote 1,20 - 1,40, Gelbfleischige
(ausser Nierenkartoffeln) 1,40 - 1,60 Mark, Odenwälder Blaue 1 - 1,20 Mark.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 83

Berlin, den 6. November 1930

Kindermisshandlungen.^x

SPD. Immer wieder hören wir von Kindermisshandlungen - freilich gehören diese Misshandlungen zu denjenigen Delikten, die in den seltensten Fällen zur Anzeige kommen und noch seltener so bestraft werden, wie es dem Gefühl des Volkes wirklich entsprechen würde. Bis vor kurzem war es ja noch möglich, dass die freigesprochenen Angeklagten gegen den Urheber der Anzeige wegen Beleidigung usw. klagen konnten, selbst dann, wenn die triftigsten Verdachtsgründe vorlagen und das Material nur eben noch nicht völlig zur Führung eines einwandfreien Beweises gereicht hatte! Heute wird diesen Anzeigen freilich nicht mehr stattgegeben, denn, wie ein Gericht in einem solchen Fall erklärte: Der Schutz der Jugend ist die Sache aller Staatsbürger, und bei einer solchen Anzeige, die durch genügende Gründe gestützt sei, müsse dem Anzeigenden ohne weiteres der "Schutz berechtigter Interessen" zugebilligt werden. Im neuen Strafgesetzbuch wird voraussichtlich neben der körperlichen Misshandlung auch die seelische entsprechend mit Strafe bedroht werden: Lauter Massnahmen, die an sich gut und begrüssenswert sind, aber doch schliesslich nicht des Uebels Wurzel erreichen.

Die liegt nämlich tiefer. Jedem, der längere Zeit die Kindermisshandlungsprozesse verfolgt, wird eines auffallen: Die Opfer sind fast immer die ältesten, seltener die jüngsten, fast nie die mittleren Kinder der Familie. Geht man dieser Erscheinung noch weiter nach, dann stellt sich heraus, dass es sich bei den Kindern zu einem erheblichen Teil um voreheliche, bzw. vorehelich erzeugte Kinder handelt. Und ebenso sonderbar berührt die Tatsache, dass die Hauptschuldigen an den Kindermisshandlungen fast immer die Mütter sind. Selbst die Stiefväter behandeln die in die Ehe gebrachten vorehelichen Kinder der Frau zumeist besser, als es die eigene Mutter tut und wo sie sich an den Misshandlungen beteiligen, da tun sie es oftmals nur unter dem Einfluss der Ehefrau. Es gibt genug Erklärungen dafür, die jedoch lediglich an der Oberfläche bleiben, und die auch vor Gericht zumeist von der Verteidigung herangezogen werden: Dass die Last der Erziehung und Pflege der manchmal schwererziehbaren Kinder ganz auf den Schultern der Frau ruht, dass sie den ganzen Tag den Aerger mit den Kindern habe usw. Aber selbst da, wo materiell ganz erträgliche Verhältnisse herrschen und von einer Ueberlastung der Frau nicht gesprochen werden kann, finden wir immer wieder die gleiche Erscheinung: Das älteste Kind ist der Prügelknabe.

Die Gründe dieser eigenartigen Handlungsweise von Frauen der verschiedensten Bildungsgrade und Gesellschaftsschichten finden wir erst, wenn wir uns daran erinnern, dass die Kinder, die das Opfer dieser Misshandlungen wurden, in der Regel vor der Ehe geboren oder zum mindesten vor der Ehe erzeugt wurden, und dass die uneheliche Geburt auch heute noch in weiten Kreisen des Volkes als Makel für die Mutter wie für das Kind gilt. Bei diesen Misshandlungen "rächt" sich die Mutter an dem Kinde für die Schande, die ihr mit der Geburt des Kindes geschah. Ganz klar liegt der Sachverhalt da, wo es sich wirklich um vor der Ehe geborene Kinder handelt. Es besteht zur Zeit bei den Jugendämtern die Tendenz, diese Kinder möglichst unter allen Umständen der elterlichen Familie zuzuführen, wenn die Mutter den Vater des Kindes später heiratet. Eine an sich sehr gut gemeinte Massregel. Man bedenke aber, was es heisst, wenn

in den oftmals unzureichenden Wohnungsverhältnissen eines jungen Ehepaares, das frisch verheiratet in eine Mietskaserne gezogen ist, plötzlich ein zwei- bis dreijähriges Kind auftaucht! Gleich werden sich alle Klatschmäuler mit der unehelichen Mutterschaft der jungen Frau beschäftigen. Es ist noch nicht lange her, dass ein auf diese Weise den Eltern vom Jugendamt aufgedrängtes Kind von der Mutter totgeprügelt wurde... In diesen Fällen ist nur durch Bestellung eines Pflegers zu helfen, der während der ersten zwei Jahre die Pflege und Erziehung des Kindes kontrolliert.

Schwieriger zu verhindern sind die anderen Fälle, bei denen es sich um vor der Ehe erzeugte Kinder handelt. Hier handelt die Mutter ja aus ihrem Unterbewusstsein heraus. Es ist vielleicht der lieben Nachbarschaft gar nichts bekannt - aber die Mutter wird durch die blosse Existenz des Kindes immer daran erinnert, dass sie sich "etwas vergeben" habe. Die von der bürgerlichen Gesellschaft für die Frau erfundene "Geschlechtsehre", die in der Sicherung blutsreiner Erbfolge eine sehr materielle Fundamentierung hat, ist unglaublich tief auch im Unterbewusstsein von Frauen verankert, die sich rühmen, sonst mit "bürgerlichen Vorurteilen" ziemlich aufgeräumt zu haben. Besonders bedroht sind diese Kinder dann, wenn die Mutter in der Ehe enttäuscht wurde: Sie rechnet dann dem Kind als Schuld an, dass sie "sonst ja gar nicht hätte zu heiraten brauchen" - immer ist die Existenz des Kindes ein Menetekel, das sie an ihren "Fehltritt" erinnert. In den wenigen Fällen, in denen es sich um die später geborenen Kinder handelt, würde eine genauere Untersuchung immer ergeben, dass auch diese Kinder einem "Fehltritt" ihr Leben verdanken, selbst wenn sie rechte Kinder der beiden Eltern sind: ungewollte Kinder, deren Empfängnis nicht verhütet werden konnte, und deren Geburt der § 218 erzwang.

Die der Masse des Volkes manchmal unverständlich milden Gerichtsurteile in Fällen von Kindesmisshandlungen sind zum grossen Teil auf den jämmerlichen Eindruck zurückzuführen, den die Schuldigen meistens vor Gericht machen. Wo gerichtliche Sachverständige zugezogen werden, sprechen sie fast immer von "schwer nervösen, an Depressionszuständen leidenden" Angeklagten, wenn sie auch in den seltensten Fällen den Schutz des § 51 bewilligen können. Seelisch krank sind aber alle diese Angeklagten: Sie sind von einer "Sittlichkeit", die in unserm Jahrhundert merkwürdigerweise schneller im Gesetz als im Volksbewusstsein getilgt wurde, krank gemacht und vergiftet. Gretchen wurde noch zur Kindsmörderin - bis in unsre Tage hat der § 218 nur wenige Frauen an der Vornahme einer Abtreibung gehindert, wenn sie Mittel und Wege dazu wussten. Und wenn zum Glück Kindsmord und krimineller Abort vielleicht als "aussterbende Delikte" zu bezeichnen sind, weil die öffentliche Fürsorge für die Unehelichen und die Aufklärung über Empfängnisverhütung immer weitere Kreise erreichen: Im Unterbewusstsein der Frau sind die Spuren dieser überwundenen Moral nicht so leicht zu tilgen, und zu ihren Opfern gehören nicht nur die Frauen und Mädchen, die durch die Achtung unehelicher Mutterschaft unglücklich werden, sondern auch die Kinder, deren Leben durch in der Jugend erlittene Misshandlungen oftmals in der Wurzel krank und zerstört wurde. Auch daran sollte beim Kampf um die neue Moral gedacht werden, denn diese Opfer sind weit zahlreicher, als sie die Zahlen der Gerichte ausweisen.

Rose Ewald.

Experimente am Menschen.^x

Von Prof. Dr. Chajes, M. d. L., Mitglied des Reichsgesundheitsrates.

SPD. Kaum sechs Monate sind verstrichen, seitdem das Kindersterben in Lübeck, das durch die Schutzimpfungen verursacht wurde, begonnen hat. Noch haben die Gerichte nicht gesprochen, und in unsrer schnelllebigen Zeit vergisst man

bald. Eine Lehre aber müssen alle, die für die Volksgesundheit zu sorgen haben, aus diesem Unglück ziehen, nämlich Massnahmen zu treffen, um derartige Vorkommnisse in Zukunft unmöglich zu machen. Die Lübecker Affaire bringt wieder die Frage aufs Tapet: wie kann man verhüten, dass Aerzte durch Experimente die ihnen anvertrauten Kranken gefährden?

Bereits im März dieses Jahres beschäftigte sich der Reichsgesundheitsrat mit dem Thema: "Inwieweit ist die Vornahme experimenteller Untersuchungen am Menschen zulässig?" - Es wurde eine Reihe von Richtlinien aufgestellt, die voraussichtlich in der nächsten Zeit veröffentlicht werden, und denen man auch als Sozialdemokrat unbedenklich zustimmen kann. Die Lübecker Vorgänge haben aber Veranlassung gegeben, weitere und eingreifendere Schutzmassnahmen gegen die Auswüchse experimenteller Untersuchungen am Menschen zu verlangen. Schon am 19. Mai d.J. richtete die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags auf meine Veranlassung an das Staatsministerium die Grosse Anfrage, welche Schritte die Regierung getan habe, um derartige Vorkommnisse wie in Lübeck in Preussen unmöglich zu machen, und welche Massnahmen ganz allgemein getroffen seien, um gesundheitsgefährdende Experimente an Menschen zu verhindern. Der Vertreter des preussischen Wohlfahrtsministeriums berief sich auf die erwähnten, in absehbarer Zeit erscheinenden Richtlinien des Reichsgesundheitsrates, die unsere Frage in positivem Sinne beantworten sollen.

Aber die besten Richtlinien sind eben nur "Richtlinien", d.h. gut gemeinte Ratschläge, jedoch keinesfalls gesetzlich bindende Bestimmungen! Auch diese Richtlinien werden an dem heute bestehenden Zustande nichts ändern, dass es heute keinerlei gesetzliche Regelung darüber gibt, welche Art von Experimenten am Menschen zulässig sind, und vor allem, in welcher Weise solche Versuche angestellt werden dürfen. Heute ist das Gewissen des einzelnen Arztes, der die Versuche anstellt, das einzige Mittel zur Vermeidung von Fehlgriffen. Erst wenn ein Unglück, wie in Lübeck, passiert ist, kann der Staatsanwalt eingreifen, um den Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. In welcher Form und unter welchen Hemmungen das geschieht, zeigt ja die Lübecker Untersuchung, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll. Aus dieser Erfahrung heraus verlangte ich bei der Begründung unserer Anfrage im Preussischen Landtag im Mai d.J. die Einführung gesetzlicher Bestimmungen anstelle von Richtlinien - eine Forderung, die auch zwei Monate später in der Lübecker Bürgerschaft erhoben wurde. In der Sitzung des Ausschusses für Bevölkerungspolitik des Preussischen Landtags am 15. Oktober und am 21. Oktober im Plenum wurde mit grosser Majorität ein Antrag angenommen, der lautet: "Das Staatsministerium wird ersucht, bei der reichsregierung darauf hinzuwirken, dass, um gesundheitsgefährliche Experimente an Menschen zu regeln, gesetzliche Bestimmungen getroffen werden". Mit der Annahme dieses Antrages geht vom grössten der deutschen Länder die Initiative aus, eine gesetzliche Regelung der Frage vorzunehmen.

Man wird nun die immer wieder gehörten Einwürfe vernehmen, dass eine derartige gesetzliche Regelung die wissenschaftliche Forschung unterbinden würde. Dann müssten ja die Richtlinien - wenn sie befolgt würden - die gleiche Wirkung haben! Aber würde es überhaupt eine Unterbindung der wissenschaftlichen Forschung bedeuten, wenn das Gesetz vorschriebe, dass eingreifende Heilverfahren an Menschen nur nach gründlichster Vorprüfung im Tierexperiment angewandt würden, wenn solche Versuche nur in anerkannten Heilanstalten unter persönlicher Verantwortung und Haftung des leitenden Arztes durchgeführt würden, wenn die genauen Protokolle einer Gesundheitsbehörde, z.B. dem Reichsgesundheitsamt, jederzeit zur Einsicht offen ständen, wenn eine Einverständniserklärung der betreffenden Kranken bezw. deren gesetzlichen Vertreter nach eingehender Aufklärung eingeholt werden müsste? So liessen sich noch weitere Massnahmen für eine gesetzliche Regelung anführen, gegen die kein vernünftiger Mensch Einwendungen erheben könnte. Es ist bedauerlich, dass die Aerzteschaft es bisher abgelehnt hat, für derartige gesetzliche Bestimmungen einzutreten, immer unter Betonung

der Bedenken, dass die wissenschaftliche Forschung eingeschränkt werden könnte. Hoffentlich wird im Reiche nun der Antrag Preussens verwirklicht und ein wirksamerer Schutz der Bevölkerung gegen Experimente à la Lübeck geschaffen, als er bisher bestand!

Prostituierte der Landstrasse!X

SPD. Die Zahl der männlichen "Dirnen" überwiegt hier ausnahmsweise. Wenn man dabei jedoch beachtet, dass 98 % der Vagabunden Männer und nur 2% Frauen sind, so ist die Ursache leicht zu erkennen. Die erschreckend hohe Zahl der männlichen Prostituierten setzte erst nach dem Kriege ein, als sich die Landstrassen zu überfüllen begannen und der ursprünglich freigiebige Bauer anfangs trotz aller Bitten zugeknöpft zu werden. Manchem Jungen hängt es eben zum Halse heraus, 10 bis 12 Häuser abzuklappern, stets in Angst vor der Polizei, immer wieder abgewiesen, oft mit unerhörter Schimpferei! In dieser Stimmung kommt ihm das Angebot des vornehmen Autolenkers wie gerufen und er denkt: "Ach was, nur eine Nacht aushalten; dann kriegste soviel Geld, dass Du wieder 4 Wochen leben kannst". Einmal angefangen, erzählten mir viele junge Burschen, machten wir's halt immer wieder. Und mit einer Bitterkeit ohne gleichen: "Da braucht man wenigstens nicht zu betteln - im Gegenteil...."

So kommt es, dass es viele junge Männer gibt, die im Sommer nur immer wieder die Modebäder der Nord- und Ostseeküste abwandern. Hier blüht das Geschäft! In Swinemünde hatte ich Gelegenheit, einen ziemlich tiefen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Sitzt da in der Herberge ein Bursche - ein Blick; wir wissen, dass wir keine "Ferienwandernden" sind. Bald sind wir im eifrigsten Gespräch - Tippelbrüder und -schwestern haben sich immer viel zu erzählen -, als er plötzlich erschrocken abbricht. "Mensch, gleich zehn Uhr. Mein Kumpel ist noch nicht da!" - "Mach Dir doch keine Sorgen; der weiss doch, wann Herbergsschluss ist". - "Hm, er ist ausgegangen" - "Ist er denn so verschossen in das Mädels?" - "Nein, er ist mit einem Mann ausgegangen". - Sofort erschrickt er furchtbar, dass ihm dieses Wort entfahren ist, und späht vorsichtig in die Runde. Niemand hat es gehört! Und nun erzählt er mir das Gleiche wie vor ihm schon ein paar Dutzend andere Burschen. "Die drängen sich dir hier ja förmlich auf. Kaum läufste einen Schritt, stoppt ein Auto, und so ein schwer reicher Knopp winkt. Für eine unangenehme Nacht kannst du wieder ordentlich fressen, Mensch, leben kannst dann wieder, und wie!"

Sein Kumpel stürzt im letzten Augenblick doch noch atemlos zur Tür herein. "Haste Zigaretten?" - "4 Schachteln. Mensch, der ist reich. 6 Gänge habe ich gegessen. Ah, mein Magen ist so voll". - Sie verschwinden auf den Abort, wo sie sich die "Einzelheiten" erzählen.

Am andern Morgen baden wir zusammen. Es sind wirklich zwei prachtvolle, intelligente Kerls. Sie sammeln Seemuschelein und freuen sich über ihre Buntheit wie kleine Kinder. Dann türmen wir um 9½ Uhr schleunigst los - weil der eine mit seiner "männlichen Freundin", wie er sich ausdrückt, eine Verabredung hat. "Hör', Kumpel, du brauchst heute nicht auf mich zu warten, auch heute Nacht nicht. Der gehört zu denen, die einen "sehr stark" in Anspruch nehmen". - "Schon recht, schon recht. Du!" - "Ja?" - "Lass Dich ja nicht neppen; zieh ihn nur gehörig über die Kante! Für mich Geld und Zigaretten!" - Als er mir kräftig die Hand schüttelte und ein "Fahr' wohl, Mädels!" in die Ohren brüllte, raffte ich alle meine Redekunst zusammen, um ihn von seinem Vorhaben abzubringen: "Junge, bettel doch lieber; du verkennst die gesundheitliche Schädigung, abgesehen davon, wie dich das seelisch zerrütten muss. Ein Kerl, den du eigentlich hasst, überschüttet dich mit geilen Lobkosungen!" - Genau vorbeikalkuliert. "Betteln? Neel!" Ein rascher Händedruck, ein leichtsinniges Lächeln auf dem gesunden, noch

halb knabenhaften Gesicht; den frechsten Schläger pfeifend schlendert er der nächsten Ecke zu. Ein eleganter Wagen fährt vor; der Schlag öffnet sich; sie sausen davon! - -

Nicht nur die Herren unsrer mondänen Gesellschaft kapern sich unverbraucht, junge Proletariersöhne von der Landstrasse - oh nein, auch ihre Frauen haben "Geschmack". In rührend christlichem Mitleid bittet die "Dame" den hübscher Vagabunden, mitzukommen: "Oh Gottgott! Wie Sie aussehen! Sie müssen neu bekleidet werden. Gegessen haben Sie auch noch nicht? Denn man aber los!" Der Bursche weiss gar nicht, wie ihm geschieht: fabelhafte Villa, erfrischendes Bad, weiche Kleider, ein ausgezeichnetes Diner! Erst allmählich merkt er, wo der Hase im Pfeffer liegt. Mancher flieht, von Ekel geschüttelt, die Stätte lukullischer Genüsse. Leider dürfte die Zahl derer grösser sein, die zwar nicht allzu lange das Männchen spielen wollen - aber trotzdem: "Ein paar Tage kann man's aushalten!"

Das traurigste Los hat aber zweifelsohne die "Tippelschickse", die vagabundierende Frau, die sich durch Prostitution ernährt. Dirnen, so verkommene Wracks einer ehemals blühenden Gestalt, dass ihr Geschäft sich selbst nicht mehr jenseits des Alexanderplatzes in Berlin rentiert, da draussen fand ich sie wieder: wild, struppig, den Fuselbruder zum Kumpel, brutal behandelt und ausgenutzt von den "frommen Spendern". Die Gefahren für das wandernde Mädchel sind so gross, dass oft selbst die charakterfesteste um den Verkauf ihres Körpers nicht herumkommt. Eine "Nötigung" nimmt man bei diesem "Freiwild" auch nicht so genau; es sind ja "asoziale Elemente". Die Ursachen übersieht man mal wieder. Meistenteils treiben die strengen Erziehungsmethoden des Elternhauses und der Erziehungsanstalt das junge Mädchel auf die Landstrasse. Mittellos steht sie da. Jeder gibt ihr gern etwas...wenn.... Alle, alle, vom Autolenker bis zum blödesten Dorflümmel! Nun entscheide Dich, junge Landstreicherin, zwischen einem "Zurück" in den militaristischen Erziehungszwang, dem Verhungern und der Prostitution! Fällt Dir die Wahl schwer? Dann krepriere!

Gert Schwitzgebel.

Spaziergang an der Bahnstrecke.^x

SPD. Der Weg an der Bahnstrecke ist schnurgerade, dabei aber leider verboten. Man geht verbotene Wege immer auf eigene Rechnung und Gefahr und riskiert etwas dabei. Dieser verbotene Weg jedoch kürzt meine tägliche Wegstrecke bedeutend ab. Sollte man verbotene Wege nicht gehen - täglich nicht gehen -, wenn sie solchen Vorteil bringen? Man muss den Weg gehen. Die nüchterne Geradheit mit ihrer übertriebenen Perspektive wirkt zwingend. Die Augen laufen weit voran; der Schritt beschleunigt sich unwillkürlich. Wäre der Weg erlaubt, ein normaler, vielbenutzter Weg, so würde ich mich vielleicht über seine langweilige Geradheit beklagen und mich nach Kurven und Biegungen sehnen. Ich würde vielleicht garnicht sehen, wie schon der Weg ist. Er ist schön. So schön, dass ich dann und wann sogar verweilen möchte. Es wächst jeden Tag bunter und üppiger am Bahndamm. Kamillen, Disteln, Wiesenschaumkraut, Margueriten, goldgelb und weiss, reine, harmlose Sterne, sanfte, tiefblaue Glockenblumen, in dichten Büscheln Heidekraut und Ginster.

Manchmal begleitet mich meine Freundin. Sie ist etwas enttäuscht von dem Wege. "So einfache, alltägliche Blumen auf einem verbotenen Wege?"

"Du musst sie dir genau ansehen! Sind nicht gerade diese einfachen Blumen unsagbar schön - rührend schön sogar?"

"Es kommt auf den Standpunkt an. Denkt man sich in eine Kuh oder einen Esel hinein, so könnte man sie sogar zum Fressen schön finden."

Meine Freundin hat Recht. Sie ist Landwirthstochter und sieht in der Blume

das zukünftige Heu. Das Los dieser schönen Blumen ist es, schliesslich gefressen zu werden. Ein Bauer aus dem Dorfe oder der Streckenwärter, dem ich glücklicherweise noch nie begegnet bin, hat wahrscheinlich das Recht, eines Tages die ganze Pracht abzumähen und in Futter zu verwandeln. Vorläufig aber wuchert es bunt, vielfältig und lebendig. Auch die Freundin bemerkt schliesslich mir zu Liebe, dass die Blumen einen besonderen Glanz haben, eine viel absichtslosere Art und Natürlichkeit als unsere gezüchteten Gartenblumen. "Das kommt, weil so wenige Augen sie hier sehen und auch diese Wenigen heimlich und verbotenerweise!

"Meinst Du nicht auch, dass der Weg nur der Blumen wegen verboten ist? Immer verbietet man uns Wege, auf denen das Leben allzu liebliche Blüten treiben könnte!"

"Ach nein, in diesem Falle schützt uns das Verbot vor fauchenden schwarzen Ungetümen. Sieh mal, wie da gerade die Kleinbahnlokomotive furchterregend und gefährlich heranbraust und dabei mit einer kleinen Glocke bimmelt. Komm herunter vom Bahndamm; der Lokomotivführer darf uns hier nicht sehen".

"Er könnte Angst bekommen. Ich glaube nämlich, man schützt die Ungeheuer durch strenge Verbote vor uns. Wie leicht könnten wir der Lokomotive etwas zuleide tun, wenn wir - beispielsweise - Eisenbahnattentäter waren?"

"Eisenbahnattentäter - dabei denken wir bloss an Blumen!"

"Aber wenn wir sie allzu heftig ausraufen, wackelt der ganze Bahndamm!"

"Dann entgeistert der Zug und fällt uns direkt auf den Kopf. Unter Umständen können selbst Keimbahnzüge gefährlich werden!"

"Selbst Geradliniges kann also mit Recht verboten sein!"

"Selbst verbotene Wege können geradlinig sein!"

"Selbst Geradliniges kann Blüten treiben!"

"Selbst hausbackene Blumen können verboten sein!"

"Selbst Verbotenes kann ungefährlich sein!"

"Vielleicht kann auch Unverbotenes manchmal gefährlich sein!"

Da fährt der dicke Zug vorbei, und die Blumen in gerader Reihe wackeln mit ihren Köpfen und tanzen dazu auf ihrem einen Bein.

Käte Steinitz.

SPD. Der Tod meist über Nacht!^X An einem ziemlich grossen statistischen Material hat Dr. Frey in der Chirurgischen Universitätsklinik in Königsberg beobachtet, dass weitaus die meisten Todesfälle sich Nachts, und zwar unmittelbar vor und nach Mitternacht, ereignen. Diesen deutlichen Einfluss der Nacht auf den Tod des Menschen versucht der Forscher dadurch zu erklären, dass innerhalb jedes Lebentages zwei regelmässige Abschnitte, eine Tätigkeits- und eine Ruheperiode, zu unterscheiden sind. Die Ruheperiode, in der die Wirksamkeit der Organe und der Lebensprozesse wesentlich herabgesetzt ist, fällt in die Nacht. Beim schwer erkrankten Organismus sind nun ohnehin schon die Lebensfunktionen stark vermindert, und es bedarf nur noch eines ganz geringen weiteren Nachlassens, wie es eben während der nächtlichen Ruheperiode gegeben ist, um den Lebensprozess vollends abzuschneiden. So erklärt es sich also ganz zwanglos, dass der Tod meistens bei Nacht kommt!

SPD. Kurzgedrängte Wochenübersicht.^X Am Sonnabend sagt die Frau zum Mädchen: "Diese Woche sind wieder so viele Reste vom Essen übrig geblieben; heute machen wir mal tabula rasa!"

"Isst denn der Herr Müller das so gerne?" fragt das Mädchen erstaunt.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 6. Nov. (Eig. Ber.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abgeordneter Ladendorff (W.P.) eine Erklärung ab, wonach er Geld zur Bestechung oder zu anderen unlauteren Zwecken an die beiden anhaltinischen Landtagsabgeordneten weder bezahlt noch vermittelt hätte. (Zuruf: Zu welchen Zwecken denn?)

Abg. Jürgensen (Soz.): beantragt auf die Tagesordnung einen Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion zu setzen, der die Verleihung des Abgeordneten=ausweises des Abgeordneten Lohse an den Landwirt Gutb missbilligt und den Geschäftsordnungsausschuss beauftragt, Massnahmen gegen einen derartigen Missbrauch der Abgeordnetenlegitimation und Strafen dafür vorzuschlagen.

Der sofortigen Beratung des Antrages wird nicht widersprochen. (Grosse Heiterkeit im ganzen Hause). Der Antrag wird dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. - Hierauf wird in der Debatte über die Grubenkatastrophen fortgefahren.

Abg. Fries-Siegen (Soz.)

schildert als Mitglied der Grubensicherheitskommission ausführlich seine Eindrücke bei der Befahrung der Unglücksgrube Alsdorf. Bei aller Bemühung hätten sich wirkliche tatsächliche Feststellungen über die Ursache der Katastrophe nicht machen lassen. Schlagwetter seien vorhanden gewesen; ebenso viel Kohlenstaub. Möglich sei auch elektrische Funkenbildung; aber Schäden an den Leitungen haben sich bisher nicht feststellen lassen. Geschossen sei in der kritischen Zeit auf der Grube nicht worden. In Betracht käme auch Funkenbildung beim autonomen Schneiden oder Schweißen in der Grube. Aber am wahrscheinlichsten sei ihm persönlich im Augenblick noch, dass die Explosion durch die Benzol Lokomotive herbeigeführt worden sei; es werde bekanntlich die achte Benzol Lokomotive auf der 360 m Sole noch vermisst. Unverständlich sei ihm die Behauptung des kommunistischen Abgeordneten Sobottka, dass man ihn an der Befahrung der Grube gehindert hätte. Er sei einfach nach Alsdorf gefahren, wo ihn niemand gekannt habe, und niemand habe seinen Ausweis verlangt, sondern er sei überall zugelassen worden, da er sich als Abgeordneter bezeichnet hätte. Sobottka habe sich wohl extra telefonisch beim Polizeihauptmann angemeldet und als Kommunist vorgestellt, um zurückgewiesen zu werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Er habe sich dadurch davor bewahrt, dass man an ihm persönlich den Unterschied zwischen Schwätzen und Können hätte feststellen können. (Lebhafte Zustimmung b.d. Soz.)

Die Behauptung des Abg. Sobottka, die Schutzpolizei habe es in Alsdorf auf ein neues Blutbad abgesehen gehabt, könne bei vernünftigen und anständigen Menschen nur Abscheu und Ekel erregen. (Lebhafter Beifall) Er habe die Polizeibeamten bei diesem Unglück vorbildlich hilfsbereit und menschlich gesehen. Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Ley sei als falscher Sanitäer in die Grube mit eingefahren und habe dann einen Bericht veröffentlicht, der von einer geradezu lächerlichen Unwissenheit strotzte. Die Technische Hochschule in Aachen habe die Darstellung von Ley Punkt für Punkt als völlig gewissenloses Geschwätz nachgewiesen. (Hört, Hört!) Die Deutschnationalen hätten sich viel darauf zugute getan, dass der Stahlhelm beim Rettungswerk mitgewirkt habe. Er habe es höchst überflüssig und geschmacklos gefunden, dass auch bei dieser Gelegenheit die Stahlhelmlaute mit ihrem Abzeichen angerückt wären. (Sehr wahr!)

Die "Deutsche Bergwerks=Zeitung" des wirtschaftsparteilichen Abgeordneten Schmidt-Höpke habe die beispiellose Infamie begangen, keine 48 Stunden nach der furchtbaren Grubenkatastrophe mit ihren 280 Toten zu schreiben, die Dividende von 14 % sei gesichert. (Entrüstungsrufe) Die Kapitalisten hätten noch in diesen Tagen auf der Tagung des Langnamvereins von ihrem Risiko gesprochen.

Über 20 000 tote Bergarbeiter in den letzten zehn Jahren sprächen deutlich vom Risiko der Arbeit. Auch dieses Risiko müsse in den Lohn einkalkuliert werden. Die Schlachtfrent des Unternehmertums habe sich einheitlich formiert für Verlängerung der Arbeitszeit, für Lohnabbau, für Abbau der Sozialpolitik, für Abbau des Bergarbeiterschutzes. All dies unter der Parole: Gegen den Marxismus. Der Schlachtruf gegen den Marxismus und gegen die Sozialdemokratie kennzeichne alle Kapitalsknechte. (Stürmische Beifall bei den Soz.) Und wegen ihres Kampfrufs gegen die Sozialdemokratie seien auch die Kommunisten nichts anderes als Kapitalsknechte. (Erneuter Beifall) Aber trotz aller Feindschaft und aller Verleumdung werde das hohe Ideal des Sozialismus Gemeingut des deutschen Volkes werden. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. von Waldthausen (Dtn.): Der kommunistische Redner hat den Ausdruck unsres Mitgeföhls mit den Opfern des Bergbaues für Heuchelei zu erklären gewagt. Heuchelei ist in diesem Fall die Aufstellung bewusst wahrheitswidriger Behauptungen, bloss um damit bessere Parteigeschäfte zu machen. (Lebhafte Zustimmung) Wenn Sie die deutschen Kapitalisten wegen der Bergwerkskatastrophen Mörder schimpfen, dann sind die regierenden russischen Kommunisten viel grössere und brutallere Mörder, denn die Zahl der tödlichen Bergwerksunfälle ist prozentual in Sowjetrussland drei- bis viermal so hoch wie in Deutschland. (Lärm bei der K.P.D.) Die Nationalsozialisten haben in einem Flugblatt, das sie für 10 Pfennig verkauft haben, die allerdümmsten und gemeinsten Vorwürfe gegen die Direktion und die Bergbauverwaltung propagiert. Sachlich ist der Inhalt dieses Extrablattes der hanebüchendste Unsinn, der je gedruckt worden ist. (Zuruf bei den Soz.: Trotzdem zahlen die Bergbauindustriellen den Nazis jährlich Hunderttausende.) Der Artikel der "Deutschen Bergwerks-Zeitung", der in unmittelbarem Anschluss an das entsetzliche Unglück von der Höhe der Dividende sprach, war eine ungeheuerere Taktlosigkeit. (Zuruf: Aber die Bergwerks-Zeitung ist das offizielle Organ der Bergbau-Unternehmer!) Die gesamte Bergbauindustrie steht einmütig auf dem Standpunkt, dass zur Abwendung von Unfallgefahren keine Opfer gescheut werden dürfen. (Beifall.) - Die Debatte wird durch die Abstimmung über das Misstrauensvotum gegen Severing unterbrochen. Die Misstrauensanträge werden mit 229 gegen 196 Stimmen abgelehnt. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

In der fortgesetzten Debatte über die Grubenkatastrophen erklärt Abg. Harsch (Ztr.), dass er sich den Ausführungen des Abg. Fries (Siegen) anschliesse. Mit ihm sei er der Meinung, dass die Ursachen der Katastrophe noch nicht einwandfrei festgestellt werden könnten, dass aber jedenfalls das Antreibersystem die Gefahren erhöhe.

Abg. Schmidt-Höpke (W.P.) Den angegriffenen Artikel der "Deutschen Bergwerks-Zeitung" habe ich weder geschrieben noch vor Erscheinen gelesen. (Lebhafte Zurufe: Aber Sie sind der Chefredakteur!) Die Notiz sei völlig harmlos gewesen. Es sei eine einfache Information ohne Beziehung auf das Unglück, und viele bürgerliche Zeitungen hätten sie nachgedruckt. (Stürmische Entrüstungsstufe, die sich wiederholen, als der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Schellknecht seine Zustimmung zu den Ausführungen des Abgeordneten Schmidt-Höpke bekundet). Wegen der völlig harmlosen Notiz sei ein Wettlauf der Verhetzung angestellt worden. Das werde ihn nicht abhalten, den Sozialismus, wie er es seit zehn Jahren tue, unerbittlich zu bekämpfen. (Lachen bei den Soz.)

Abg. Sobottka (Komm.): Der Chefredakteur der "Deutschen Bergwerkszeitung" sucht sich vergeblich als harmlos hinzustellen. Das Blatt hat ganz allgemein die Arbeiter als habgieriges Gesindel hingestellt, und aus diesem Geist heraus ist auch der Artikel über die Katastrophe geschrieben. Wir Kommunisten werden jederzeit unser Bestes tun, trotz aller gespielten Entrüstung der Kapitalistenkreise, jede Katastrophe politisch für uns auszunutzen.

Landtag, Blatt 3

Damit schliesst die Debatte (Lebhafte Zurufe: Die Nazi reden zur Bergarbeiterdebatte nicht!) - Abg. Haake (Nat. Soz.) Das geht Euch einen Dreck an. Wir reden, worüber es uns passt. - Bewegung).

Sämtliche Anträge werden dem Handelsausschuss überwiesen. Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 10 Uhr. Zweite Lesung der Ausführungsgesetze zu den Steuernotverordnungen des Reiches.
